

NACHRICHTEN

Social Hackathon: Strategien finden gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt auf Festivals.

3

PROJEKTE

Glücklich geschrumpft: Klemens Jakob lebt in einem autarken Minihaus mit 18 qm Grundfläche.

5

GENOSSENSCHAFTEN

Meilenstein: Vor 30 Jahren wurde in Italien das Sozialgenossenschaftsgesetz verabschiedet.

7

KUNST & KULTUR

Neue Serie: Unter »Gutes für die Ohren« stellen wir euch spannende Podcasts vor.

14

SCHWERPUNKT



▲ Platzfairteilen: Der Platz in der Stadt muss anders verteilt werden – fordert unter anderem die Initiative MoVe iT in Graz.

Foto: MoVe iT

Verkehrswende von unten

Neben Industrie und Landwirtschaft gehören Mobilität und Verkehr zu den wichtigsten Treibern des Klimawandels. Im Gegensatz zu anderen Sektoren ist es im Verkehrssektor bisher nicht gelungen, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, im Gegenteil, seit 1990 haben die Emissionen um 28 Prozent zugenommen.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Angesichts der Tatsache, dass global gesehen bereits mehr als die Hälfte der Menschen in Städten wohnt und der Trend nach wie vor steigend ist, wird das Thema »nachhaltige Städte« immer wichtiger. In den letzten Jahren ist eine Vielzahl an Publikationen dazu erschienen, selbst die EU hat einen »Sustainable Urban Mobility Plan« auf den Weg gebracht und bietet den Mitgliedsstaaten und Kommunen Leitlinien und Unterstützungsmaterial an. Wie in allen Bereichen des Klimawandels folgen jedoch den vielen Studien und Absichtserklärungen nur wenige Taten.

Deshalb haben sich in der Klimabewegung auch Initiativen gefunden, die

sich diesem Thema widmen. Die gute Nachricht: Städte leisten nicht nur einen großen Beitrag zur Klimaerwärmung, sie können auch wichtige Akteure der Verkehrswende werden, denn sie haben den großen Vorteil, dass auf kurzen Wegen in kurzer Zeit die täglichen Erfordernisse erledigt werden können.

Während ein Teil der Nachhaltigkeitskonzepte neue Technologien zur Effizienzsteigerung propagiert – Stichwort »Smart Cities« (siehe auch den Beitrag zu Smart Cities in CONTRASTE Nr. 436) – setzen Initiativen von unten auf den Ansatz, Stadt grundlegend neu zu denken und klimafreundliche Mobilität bereits in der Planungsphase zu integrieren. Denn, »... der gebaute Raum der Stadt gibt in entscheidendem Maße vor, welche

Formen von Verkehr ermöglicht oder aber auch ausgeschlossen werden«, heißt es in einer Studie der Stiftung Mercator. Es geht also um eine andere Platzverteilung zwischen den verschiedenen Verkehrssektoren und auch neue finanzielle Prioritätensetzungen. Der sogenannte »Umweltverbund« (Fuß-, Rad- und öffentlicher Verkehr) muss Vorrang bekommen, der Autoverkehr zurückgedrängt werden, was auch die Lebensqualität in den Städten allgemein verbessern würde und positive Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden hätte. Initiativen, die sich mit diesen Themen beschäftigen stellen wir in diesem Schwerpunkt vor.

Schon seit den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts fordert die aus

den USA kommende »Critical Mass« Bewegung die Straße für den Fahrradverkehr zurück, weniger auf politische, sondern eher auf lustvolle und aktivistische Art und Weise. Einen Beitrag darüber gibt es auf Seite 9. Das Netzwerk »Changing Cities«, mit den »Radentscheiden« setzt sich bereits in vielen Städten Deutschlands für »lebenswerte Städte, sicheres Radfahren und gute Mobilität« ein. Ähnliche Ziele verfolgt das Netzwerk MoVe iT in Graz. Die beiden Initiativen werden auf den Seiten 10 und 11 vorgestellt.

Auf Seite 12 berichten wir über Projekte, die dieses Ziel konkret in die Tat umsetzen. Das Lastenradkollektiv Wien feierte letztes Jahr sein zehnjähriges Jubiläum. Konrad

Berghuber erzählt, wie sich die Situation in diesem Zeitraum verändert hat. Wenn auch das Fahrrad eine wichtige Rolle für diese Initiativen von unten spielt, so ist doch allen klar, dass zu nachhaltiger Mobilität mehr gehört. Das spricht der letzte Beitrag an, der die Themen gemeinschaftliches Wohnen und Mobilität zusammenführt und die Stadtgrenzen überschreitet. Eine Studie des Vereins »Gemeinsam Bauen und Wohnen« zeigt, dass Menschen in Wohnprojekten durch die Praxis der »shared mobility« auch einen wichtigen Beitrag zu klimafreundlicher Mobilität leisten und das vor allem im ländlichen Raum.

Schwerpunkt auf den Seiten 9 bis 12

KEINE A 44 - VERKEHRSWENDE JETZT!

Widerstand gegen Autobahnbau in Nordhessen

Der geplante Bau einer neuen Autobahn ruft in Nordhessen massiven Widerstand hervor. Es geht um die Verlängerung der aus dem Westen kommenden A 44 durch das enge Lossetal nach Osten. Mit den meisten Tunneln nördlich der Alpen wird sie wohl zur »teuersten Autobahn der Welt«. Ende April startete die zweite Planfeststellung. Die Initiative »Keine A 44« ruft dazu auf, Einwendungen zu schreiben.

JONA KÖNIGES, KAUFUNGEN

Die A 44 wird seit 20 Jahren von Osten her geplant und gebaut. Nun stehen die Bagger am letzten Teilstück vor Kassel. Um Kaufungen herum soll eine bestehende, teils vierspurig ausgebaut Bundesstraße zum größten Teil abgerissen werden, um 100 Meter weiter eine neue vierspurige Autobahn zu bauen. Bestehende Brücken werden abgerissen, um daneben neue zu errichten. Die Vernichtung von ca. 100 Hektar wertvollem Ackerland wird mit der Aufwertung von Flüssen und Feuchtgebieten gegengerechnet.

Die Abholzung von ca. 50 Hektar gesundem Mischwald im Kaufunger Stiftswald werden kleingerechnet: Es würde nur Wirtschaftswald gerodet, davon großenteils Nadelgehölze, die nicht wertvoll seien. Am Ende seien es »nur« 36 alte Eichen, die als Verlust »ausgeglichen« werden sollen.

2006 wurde die erste Planfeststellung gestartet. 1.000 Einwendungen und der Fund der stark gefährdeten und besonders geschützten Bechsteinfledermaus ließen das Verfahren platzen. 15 Jahre später wird es nun

neu aufgelegt und alle alten Einwendungen werden für ungültig erklärt – das ist Umweltpolitik im »grünen Hessen«. Ab dem 26. April werden vier Wochen lang die ca. 40 Ordner öffentlich ausgelegt. Stundenweise können sich Bürger*innen Termine zur Akteneinsicht geben lassen. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, die Aktenlage so ausreichend zu studieren, um qualifizierte Einwendungen zu schreiben. Schon seit Monaten sind die Pläne online – so das Argument der Planer*innen. Doch es ist sehr schwie-

rig, die Unterlagen am Bildschirm zu erfassen und zu vergleichen. Außerdem fehlen wichtige Gutachten, die (hoffentlich noch) mit der Offenlegung veröffentlicht werden.

Die erste Forderung lautet daher: keine Planfeststellung in der Pandemie! Kurz vor Ausgangssperren und einem harten Lockdown kann so ein Verfahren nicht mit angemessener Bürger*innenbeteiligung durchgeführt werden.

Fortsetzung des Artikels auf Seite 13

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN SOCIAL HACKATHON	SEITE 3	SCHWERPUNKT CRITICAL MASS	SEITE 9
PROJEKTE KOLLEKTIV EIGENKLANG AG BERATUNG	SEITE 4	RADENTSCHIED-INITIATIVEN RADWENDE BOCHUM	SEITE 10
PROJEKTE EIN AUTARKES MINIHAUS	SEITE 5	MOVE IT, GRAZ	SEITE 11
BEWEGUNG MANIFEST: RADIKALE DIVERSITÄT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT	SEITE 6	LASTENRADKOLLEKTIV, WIEN CARSHARING IN WOHNPROJEKTEN	SEITE 12
GENOSSENSCHAFTEN SOZIALGENOSSENSCHAFT IN ITALIEN	SEITE 7	BIOTONNE MERCOSUR-ABKOMMEN PROTEST GEGEN DIE A 44 IN HESSEN	SEITE 13
ÜBER DEN TELLERRAND PROTESTE IN BELUTSCHISTAN RECHTSTICKER	SEITE 8	KUNST & KULTUR IG KULTUR STEIERMARK GUTES AUF DIE OHREN	SEITE 14
		REZENSIONEN FRANKFURTER HÄUSERKAMPF DER STOFF AUS DEM WIR SIND STADT ALS STÄTTE DER SOLIDARITÄT DIE WELT NACH CORONA ANPACKEN, NICHT EINPACKEN!	SEITE 15
		TERMINE, KLEINANZEIGEN KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM	SEITE 16

contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:

<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich
(51 Euro bei Lieferung ins europäische Ausland)

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contraste** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contraste.org**

Schnupperabo

Für nur **9 Euro** bekommt ihr drei Ausgaben als Print oder PDF zugeschickt. (Bezahlung im Voraus, endet automatisch ohne Kündigung)

AKTION 2021

»Ich trete an für Erneuerung«

Liebe Leser*innen,

die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock meint, sie stehe für einen Neuanfang, während andere für den Status quo stünden. So sagte sie es Mitte April in ihrer Rede zur Bekanntmachung ihrer Kandidatur. Das sagte sie so beeindruckend selbstbewusst, als würde sie es so meinen. Wie wir in der CONTRASTE führte sie Beispiele für Neues im Alten an. Und die Tatkraft dafür will sie entfesseln: Die innovativen Ausnahmen sollen durch die grüne Kanzlerschaft zur Regel, zum Standard werden.

Aber ihre Begeisterung will nicht überspringen bei mir. Von der Mitte aus – mit einem dienenden Staat – will sie Gesellschaft ändern und verspricht Vielen vieles. Sie trete dafür an, dass

Klimaschutz das zukünftige Fundament schaffe für Wohlstand, Freiheit und Sicherheit. Das Beste soll möglich werden für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie, begleitet von lebendiger Kultur. Investiert werden soll in Forschung und sozialen Zusammenhalt und – mensch halte sich fest – in Polizeiwachen (!) und Gerichtssäle (!).

Wie heißt es doch: Alter Wein in neuen Schläuchen, schmeckt nicht. Wahrscheinlich brauchen die Grünen mehr Polizei und Gerichtssäle, um die entfesselte Tatkraft von Klimaschützer*innen à la Dannenröder Forst in Schranken zu halten, sonst könnte noch die Wettbewerbsfähigkeit leiden. Die Kanzlerkandidatin sagte auch, dass Menschen jeden Tag über sich hinauswachsen. Wohl dem, das sollten wir tun, aber nicht für eine grüne Politik der Mitte.

Unsere Aktion 2021 wächst, aber nicht mehr exponentiell, es ist ja auch schon vieles geschafft. 212 Euro an Unterstützung stärken unser Projekt. Vielen Dank. Einen Schubs braucht es noch zum guten Ende.

Oberwasser bei den Abos. Einer Kündigung stehen gleich fünf neue Abos entgegen. Eine neue Dauerleserin lernte die CONTRASTE über ein Geschenk-Probeabo kennen – von einem engagierten Leser, der über die Monate 31 Probeabos verschenkte. Wow, einen besonderen Dank dafür! Gleich 22 neue Probeabos können wir so wieder vermelden.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung. Schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contraste.org.

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

R.G.	15,00
L.C+M.L.	8,00
B.C.	41,00
L.M.	30,00
A.A.	99,00
H.A.	9,00
G.D.	10,00

IN DIESER AUSGABE WURDE DIE FARBSSEITE 3 EXTERN FINANZIERT.

Spendenticker »Aktion 2021«

78,87 % finanziert 6.309,22 Euro Spenden 1.690,78 Euro fehlen noch

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **1.690,78 Euro**

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Illustration: Eva Sempere

BRING MIR WAS SCHÖNES MIT!

VON ULI FRANK

»Bringst du mir was Schönes mit?« fragen nicht nur Kinder. Es ist der Wunsch nach Überraschung. Zwar wünscht man sich Einfühlung in die eigenen Bedürfnisse und Wünsche, aber es soll doch auch eine Überraschung werden, die Perspektive und die Besonderheit des Anderen sollen ebenso ins Spiel kommen. Vielleicht gerate ich so an etwas Neues, an das ich selber gar nicht gedacht hatte. Bekommen, was ich will – das klingt zwar sehr nach Selbstbestimmung und Autonomie, kann mich aber auch ärmer machen und das Leben uninteressanter.

»Linear ist out!« las ich neulich. Sich die Fernsehhalte vom Tagesprogramm vorgeben zu lassen, wird langsam altmodisch ist damit gemeint. Heute sucht man sich das Programm lieber wie aus einer Speisekarte aus, über YouTube oder andere Streaming-Dienste. Das klingt nach Selbstorganisation, Selbstbestimmung und individueller Geschmacksentwicklung. Ich merke allerdings, dass ich dabei etwas vermisste: Die Angebote der Fernsehprogramme kommen für mich aus der Tiefe der Gesellschaft, werden von unzähligen Redakteur*innen und Autor*innen kreiert, geplant, abgestimmt, organisiert, diskutiert und schließlich kommuniziert und gesendet. Mit dem Endergebnis, dass viele Menschen zu einer bestimmten Zeit etwas mit anderen zusammen sehen und hören. Auch wenn diese Menschen nicht real nebeneinander sitzen, ist das ein schöner Gedanke. Und sie haben ein gemeinsames Gesprächsthema, am nächsten Tag am Arbeitsplatz, oder in letzter Zeit sogar zeitgleich über Social Media, wo

etwa ausführlich jeder »Tatort« kommentiert wird.

Es ist wie beim Bahnfahren: Mit Stolz, Bewunderung und einem glücklichen Gefühl der Zusammengehörigkeit steige ich mit anderen erwartungsvollen Reisenden in Züge, die mir gesellschaftlich zur Verfügung gestellt werden, nutze als Weltbürger das weltweite Schienennetz, als wenn es für mich geschaffen worden wäre. Im Auto sitze ich in meinem eigenen Gerät, als Ware gekauft und angeeignet – mit der Gesellschaft, den anderen, hat es nichts zu tun. Auch wenn das Straßennetz gesellschaftlich zustande kommt und unterhalten werden muss und wenn es Verkehrsregeln gibt – das Individualfahrzeug ist eben gerade das Vehikel persönlicher Freiheit und Unabhängigkeit und damit Ausdruck der Abgrenzung vom gesellschaftlichen Zusammenhang.

Auch bei meinem Sudoku freue ich mich immer auf das tagesaktuelle Rätsel in meiner Tageszeitung. Ich könnte mir natürlich ein Rätselheft mit hunderten Sudokus kaufen und hätte dann immer welche zur Verfügung. Aber da fehlt die Überraschung.

»Bring mir was Schönes mit!« Vernünftig ist sicher, eine perfekte Einkaufsliste zu schreiben, um keine unangenehmen Überraschungen zu erleben. Aber Überraschungen und Veränderung machen das Leben erst spannend. Selbstbezogener Individualismus ist auch immer Verarmung, Einseitigkeit und Langeweile. Ich freue ich mich also darauf, was sich die Fernsehredakteur*innen heute Abend für mich ausgedacht haben.

Abo-Aktion im Mai: Nur 33 statt 45 Euro

Der 1. Mai ist ein wichtiges Datum für die selbstorganisierte Arbeiterbewegung. Er erinnert an das Jahr 1886, als in Nordamerika zum Generalstreik für den Achtstundentag aufgerufen wurde. Die Haymarket-Versammlung am 3. Mai 1886 in Chicago ging in die Geschichte ein und gilt als der Ursprung des Arbeiterklassenbewusstseins in den USA. Bei einer Protestkundgebung am Tag darauf eskalierte die Gewalt, mehrere Dutzend Menschen starben. Acht Anarchisten, die die Kundgebung organisiert hatten, wurden festgenommen und der Verschwörung angeklagt. Vier von ihnen wurden durch den Strang hingerichtet, einer beging in seiner Zelle Suizid. Die noch lebenden drei wurden sechs Jahre später begnadigt.

Anlässlich des 1. Mai startet die CONTRASTE eine besondere Abo-Aktion:

Wer in diesem Monat ein Jahresabo bestellt, bezahlt dafür nur **33 Euro**.
(39 Euro bei Lieferung ins europäische Ausland)

SOCIAL HACKATHON

Strategien gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt auf Festivals

Mehr als 150 Menschen kamen am zweiten Aprilwochenende zusammen, um gemeinsam Strategien gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt auf Festivals zu entwickeln. Sie trafen sich zu einem »Social Hackathon«, einer Online-Veranstaltung, auf der in kurzer Zeit durch intensive Zusammenarbeit eine Lösung für ein bestimmtes Problem gefunden werden soll.

HELENE JÜTTNER, BERLIN

Anfang 2020 wurde bekannt, dass ein Mitarbeiter des linken Festivals »Monis Rache« auf Dixie-Toiletten versteckte Kameras installiert hatte. Die Videoaufnahmen veröffentlichte und verkaufte er ohne das Wissen der gefilmten FLINTA* (Frauen, Lesben, Inter, Nichtbinäre, Trans und Asexuelle) auf Pornoseiten. Auch auf dem Fusion-Festival wurden FLINTA* heimlich beim Duschen gefilmt. Mit dem Bekanntwerden dieser Vorfälle wird für potenziell betroffene Personen schmerzhaft klar: Kein Ort ist heilig.

»Viele FLINTA* fühlten sich plötzlich nirgendwo mehr sicher, denn auch an vermeintlich utopischen Orten, wie alternativen Festivals, oder in vermeintlich geschützten Bereichen der Privatsphäre wie Toiletten, lauern Sexismus und sexualisierte Gewalt«, schreiben die Organisator*innen des Hackathons. Sie gründeten als Reaktion auf das Bekanntwerden der Vorfälle die Initiative »My Body Is Not Your Porn«, starteten eine medienwirksame Kampagne und organisierten Demos in Berlin und Leipzig.

Um Festivals zu sicheren Räumen für alle Menschen zu machen, reicht es aber nicht, Täter auszuschließen und die Wut auf die Straße zu tragen. Veranstalter*innen, Besucher*innen und Mitwirkende brauchen einen Plan, wie sie sexualisierte Gewalt auf Festivals verhindern können. Das Entwickeln dieser konkreten Handlungsanweisungen war das Ziel des Hackathons.

»Hackathon« setzt sich aus den Worten »hacken« und »Marathon« zusammen und ist ursprünglich ein Begriff der IT-Branche. Ein Hacka-



▲ Unter dem Motto »My Body Is Not Your Porn« (dt. »mein Körper ist nicht dein Porno«) organisieren sich FLINTA* gegen sexistische Übergriffe auf Festivals. Foto: Julika Prantner

thon ist eine zeitlich begrenzte Veranstaltung und widmet sich der Lösung eines bestimmten Problems. Bei einem »Social Hackathon« ist das kein technisches Problem, sondern ein gesellschaftliches. In diesem Fall: Wie können wir Sexismus und sexualisierte Gewalt auf Festivals verhindern?

Die Organisator*innen gaben zehn Themenbereiche vor. Sie schienen bewusst nur lose definiert, um Teilnehmer*innen und Referent*innen Gestaltungsspielraum zu lassen. Es ging um Awareness-Konzepte im

Allgemeinen und Awareness-Strukturen auf Festivals im Besonderen. Der Einfluss von Crewstrukturen wurde untersucht und mit der Frage verknüpft, wie ein verantwortungsvolles Miteinander aussieht. Die Gestaltung des Festivalgeländes wurde ebenso auf den Prüfstand gestellt, wie Security-Konzepte und Öffentlichkeitsarbeit. Auch den Fragen, was nach dem Festival zu tun ist und wie man eine »Spy-Cam« (also eine versteckte Kamera) findet, wurde nachgegangen.

Jedes Thema wurde von Referent*innen begleitet. Es sollten aber keine klassischen Vortragssituationen (eine*r redet, der Rest konsumiert) entstehen. Die Referent*innen griffen eher moderierend ein, stellten Fragen und gaben Methoden an die Hand, um konkrete Fragestellungen zu bearbeiten. Wichtigstes Kollaborationstool für die Arbeit ist das digitale Whiteboard »miro«. Eine große weiße Fläche kann zeitgleich von allen Gruppenmitgliedern mit Post-it-Zetteln, Textfeldern, Tabellen und Bezugsfei-

len gefüllt werden. Eine bunte, leicht chaotische Kollage entsteht und kann im Laufe der Veranstaltung beliebig erweitert werden.

Die erarbeiteten Konzepte waren vielfältig und wurden am Ende des Wochenendes in einer Abschlussveranstaltung präsentiert. Einige Beispiele:

Die AG »Festivalgelände« entwarf die »Kraft-Tanke«: Einen Rückzugsort für FLINTA*, der mit Bar und Musik Teil des Festivalgeschehens ist und trotzdem sichere Räume – von der Sofaecke bis zum Kriseninterventionsraum – bietet. Die AG »Rechtliche Handlungsoptionen« trug in einem Reader zusammen, wie Veranstalter*innen einen rechtlich bindenden Verhaltenskodex für alle Beteiligten umsetzen können oder welche rechtlichen Schritte nach Übergriffen eingeleitet werden sollten. Die AG »Technische Lösungen« rückte Spy Cams mit Detektor-Kits zu Leibe und sammelte Möglichkeiten, um Aufnahmen besser nachverfolgbar zu machen. Die AG Öffentlichkeitsarbeit versuchte, Kommunikation möglichst barrierefrei zu gestalten, erprobte die Verwendung leichter Sprache und die Einbindung von Audioformaten. Außerdem erstellte sie Fahrpläne für die Kommunikation im Krisenfall und entwickelte Strategien für eine diskriminierungssensible und machtkritische Kommunikation.

Dieser Social Hackathon kann ein echter Gewinn für die Festival-Szene sein. Den Leerlauf der Corona-Zeit haben die Organisator*innen genutzt, um Grundlagen- und Präventionsarbeit anzustoßen. Eine Arbeit, die im Eifer der Vorbereitung vor dem Festival, dem Trubel der Durchführung während des Festivals und der müden Trägheit nach dem Festival oft zu kurz kommt. Wichtig ist jetzt, dass die Ergebnisse des Hackathons nicht verhallen, sondern aufgearbeitet, veröffentlicht und angewendet werden.

Links:
<https://hacksexism.de/>
<https://www.instagram.com/mbinyp/>

ANZEIGE



Sara Ahmed
Eigenwillige Subjekte
Eigenwilligkeit als Politik des Ungehorsams

336 Seiten | 19,80 €
ISBN 978-3-89771-328-4

Ein komplexes feministisches Archiv der Eigenwilligkeit

In *Eigenwillige Subjekte* analysiert die feministische Kulturwissenschaftlerin Sara Ahmed das Motiv der »Eigenwilligkeit« und arbeitet dessen Ambivalenz von Dissens, Anklage und Widerständigkeit, Fremdzuschreibung und Emanzipation heraus. Mit ihrem Fokus auf Eigensinnige, Umherirrende und Abweichter*innen weist Ahmed auf das widerständige Potenzial hin, das der Eigenwilligkeit inhärent ist. Gestützt auf Ansätze feministischer, queerer und anti-rassistischer Politiken bestärkt sie in ihrer einzigartigen Analyse des eigenwilligen Subjekts die Figur, die auf falsche Weise ihren gesellschaftlichen Platz fordert oder einfach nur zu viel will, darin, dass Eigenwilligkeit erforderlich ist, um Dissens zu artikulieren und widerständig handeln zu können. In diesem Sinne ist die »feministische Spaßverderber*in« eine enge Verwandte des »eigenwilligen Subjekts«.

UNRAST – Neuerscheinungen



Meg-John Barker & Jules Scheele
Gender
Eine illustrierte Einführung
188 Seiten | BS | 16,80 €
ISBN 978-3-89771-334-5

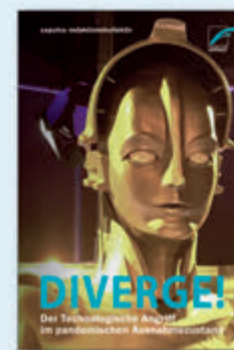
Sach-Comic, der die Sicht auf Geschlechter garantiert verändert

In diesem einzigartigen illustrierten Leitfaden zeichnen Meg-John Barker und Jules Scheele die sich in Raum und Zeit verändernden Verständnisse von Geschlechter(rollen) nach – von Ideen über Männlich- und Weiblichkeit zu Nicht-Binarität und Trans-Gender bis hin zu intersektionalen Erfahrungen von Geschlecht, Race, Sexualität, Klasse, Behinderung und mehr. Bezug nehmend auf aktuelle Herausforderungen, die Gemeinschaften spalten und sogar Leben kosten, schauen Barker/Scheele auf Vergangenheit und Zukunft, um herauszufinden, wie wir liebevoller und anerkennender mit Geschlechtsidentitäten umgehen können.

capulcu redaktionskollektiv
DIVERGE!
Der Technologische Angriff im pandemischen Ausnahmezustand
188 Seiten | 14 €
ISBN 978-3-89771-085-5

Strategien gegen den Zugriff disruptiver Technologien auf unsere Leben

Die Corona-Krise macht ein Abweichen (diverge) von technokratisch vorgegebenen Pfaden nicht gerade leichter, aber umso notwendiger. Wir erleben einen durch die Pandemie befeuerten Technologischen Angriff auf alle Bereiche der Gesellschaft. In *Diverge!* geht das Redaktionskollektiv den leider hochaktuellen Ausprägungen in der Gesundheits- und Klimakrise sowie ihren Wurzeln in der Kybernetik und dem eng verwandten Behaviorismus nach. Darüber hinaus beleuchtet es die globalen Machtverschiebungen und kriegerischen Auseinandersetzungen im Kampf um die technologische Vorherrschaft.



Noam Chomsky & Robert Pollin
Die Klimakrise und der Global Green New Deal
Die politische Ökonomie zur Rettung unseres Planeten

152 Seiten | 14 €
ISBN 978-3-89771-298-0

Wie uns unsere Produktionsweise an den Rand des ökologischen Abgrunds geführt hat und wie wir den Absturz doch noch verhindern können

Der Klimawandel ist eine Krise, die nicht ignoriert werden kann, auch wenn die Aussicht auf einen heißen Planeten und die einhergehenden katastrophalen Konsequenzen unsere Vorstellungskraft übersteigt: durch Wetterextreme, Dürren, steigende Meeresspiegel und Missernten würden weite Teile der Erde unbewohnbar. Die Menschheit muss innerhalb der nächsten dreißig Jahre aufhören, fossile Brennstoffe zu nutzen, doch noch spielt die unbegründete Angst vor einem ökonomischen Kollaps und vor Arbeitslosigkeit den Leugner*innen des Klimawandels in die Hände. In ihrem neuen Buch zeichnen der weltweit bekannte linke Intellektuelle Noam Chomsky und der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Robert Pollin einen realistischen Ausweg aus diesem Dilemma: einen globalen Green New Deal.

Das ganze Programm online : www.unrast-verlag.de

AUDITIVER AKTIONISMUS

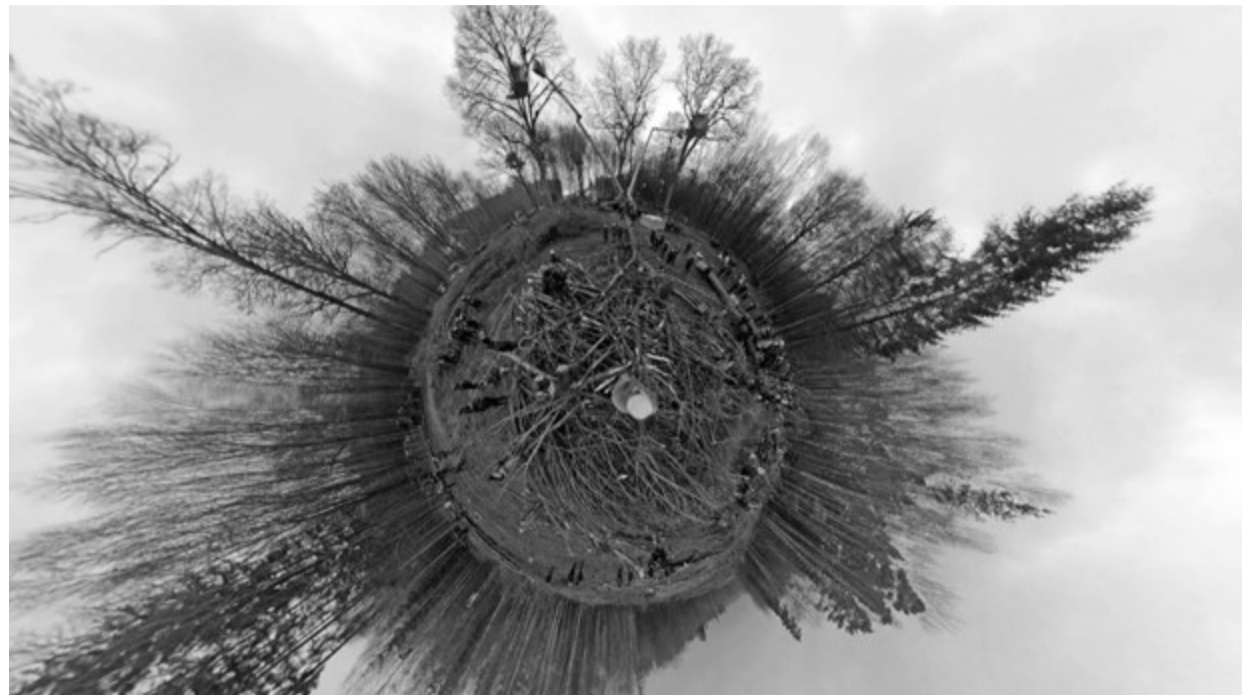
Reisen mit den Ohren

Politische Proteste und Aktionen, wie die Besetzung des Dannenröder Forstes, sind für Außenstehende oft schwer zugänglich. Spezielle Mikrofone können die Stimmung dieser Orte und die Kämpfe, die Menschen an ihnen austragen, einfangen und auf neue Weise erlebbar machen.

HELENE JÜTTNER, BERLIN

Im Dezember 2020 wurden die letzten Baumhäuser im Dannenröder Forst geräumt, die letzten Bäume gefällt. Viele Monate lang hatten Aktivist*innen mit Protesten vor Ort versucht, die großflächigen Rodungen für den Anschluss der A49 zu verhindern. Das Kollektiv Eigenklang war am Tag der Räumung vor Ort und hat die Stimmung mit Hilfe ihrer portablen Aufnahmeausrüstung eingefangen. Entstanden ist dabei eine »Soundscape« (dt. »Geräuschumgebung«), die ein unmittelbares und unverstelltes Erleben der Situation ermöglicht:

Die Schritte, die auf dem feuchten Waldboden ein schmatzendes Geräusch erzeugen, fühlen sich an wie die eigenen. Eine Person spricht mit blecherner Stimme durch ein Megaphon, in einiger Ferne knattern Rotorblätter. Und obwohl Zeit und Ort der Aufnahme schon längst der Vergangenheit angehören, weiß man genau, in welche Richtung man den Blick lenken müsste, um nach dem Hubschrauber zu schauen. Das Knattern der Kettensäge und die Sprechchöre werden lauter, man nähert sich dem Geschehen. Plötzlich wird zur Linken eine Stimme aus der Masse sehr deutlich, man kann förmlich sehen, wie die Person vorbeigeht, weil zu hören ist, wie die Stimme erst lauter wird, um sich dann zu entfernen. Es ist verrückt, denn auf eine Art ist man vor Ort und hat einen konkreten Standpunkt, der eine physische Verbindung mit dem Geschehen herstellt. Trotzdem muss die Fantasie die Lücke fül-



▲ Eine 360-Grad-Aufnahme aus dem Dannenröder Forst

Foto: Kollektiv Eigenklang

len, die das fehlende Bildmaterial hinterlässt. Das Hören einer Soundscape ist mit einem merkwürdigen Gefühl der Fremdbestimmung verbunden, denn die Geräuschumgebung ist so realistisch, dass es sich anfühlt, als ginge jemand anderes mit dem eigenen Körper spazieren.

Das Einfangen einer Klangrealität

Diese Aufnahmen entstehen mit Hilfe sogenannter binauraler Mikrofonie. Für eine*n Hörer*in ergibt sich ein dreidimensionaler Eindruck, der das Gefühl hervorruft, unmittelbar am Ort der Aufnahme zu sein, denn beim Hören kann jedes Geräusch genau verortet werden. Dieser 3D-Sound entsteht, weil bei der Aufnahme berücksichtigt wird, dass die Anatomie des menschlichen Körpers das Hören beeinflusst. Die Form der Ohrmuscheln und des Gehörgangs, die

Abschirmung von Schallwellen durch das Volumen des Schädels und die leichte Verzögerung, mit der Schallwellen je nach Richtung erst das eine und dann das andere Ohr treffen, verändern ein Hörereignis. Der Aufbau, um Ton auf genau diese Art einzufangen, ist denkbar simpel. Die zwei Mikrophone, eines für jedes Ohr, werden einfach in einen Kunstkopf eingesetzt, der über nachmodellerte Gehörgänge und Ohrmuscheln verfügt.

Mit der zunehmenden Portabilität des nötigen Equipments ergeben sich auch für binaurale Aufnahmen neue Möglichkeiten. Die speziellen Mikrophone sind mittlerweile nicht mehr an einen Kunstkopf gebunden, sondern werden mit speziellen Aufsätzen direkt auf die Ohrmuscheln der aufnehmenden Person gesetzt. Zusammen mit einem einfachen Aufnahmegerät kann eine Einzelperson eine beliebige Klanglandschaft vor Ort aufnehmen, zum Beispiel auf Demonstrationen oder im Wald.

Mit Hilfe eines solchen Setups setzt auch das Kollektiv Eigenklang seine künstlerischen Projekte um. Binaurale Aufnahmen, wie die oben beschriebene, stehen im Zentrum ihrer pädagogischen, künstlerischen und zum Teil auch politischen Arbeit. Zunächst entwickelte das Kollektiv ein interaktives Installationskunstwerk, das auf Festivals, Open Airs und verschiedenen Kulturveranstaltungen gezeigt wurde. Das Herzstück der Installation bildet ein mit Mikrofonen bestückter Kunstkopf. Was er aufnimmt, hören die Teilnehmer*innen in Echtzeit über Kopfhörer, ihre auditive Wahrnehmung wird so gleichgeschaltet. Doch nicht nur in Kunst und Pädagogik finden sich Anwendungsgebiete der binauralen Mikrofonie.

Zuhören bedeutet Partizipation

Protestorte wie der Dannenröder Forst sind für Außenstehende nicht

besonders zugänglich. Was für Aktivist*innen zum Alltag gehört, können sich viele nicht vorstellen, sie werden diese Orte aus den verschiedensten Gründen nie persönlich erleben. Gesundheitliche Einschränkungen können ein Hindernis sein, genauso aber auch ökonomische Zwänge oder die Furcht vor juristischer Verfolgung. Menschen, die Vollzeit arbeiten müssen, haben selten Zeit, für mehrere Wochen in ein Baumhaus zu ziehen. Diesen Menschen ermöglicht eine Soundscape eine Form der Teilhabe, die sie direkt an den Ort des Geschehens bringt. Audioaufnahmen haben auch den Vorteil, dass die Persönlichkeitsrechte und die Anonymität der Aktivist*innen besser gewahrt werden können als bei Bild- und Videomaterial. Für den Erfolg von politischem Aktivismus ist es unabdingbar die Beweggründe, Aktionen und Inhalte für möglichst viele Menschen zugänglich zu machen. Die binauralen Aufnahmen des Kollektivs Eigenklang sind dabei keine klassische Form des politischen Aktivismus, leisten aber durch die künstlerische Aufarbeitung einen unterstützenden Beitrag, indem sie Aktionen und Proteste sichtbar und niedrigschwellig zugänglich machen. Die Verwendung einer besonderen Aufnahmetechnik verbindet sich mit einem künstlerischen Zugang zu politischen Protestaktionen. Es entsteht eine Form des medialen Aktivismus, die die Anliegen und Kämpfe der Aktivist*innen verständlicher und sichtbarer machen kann.

Das Kollektiv Eigenklang ist immer auf der Suche nach spannenden Projektorten, aktivistischen Camps und alternativen Gemeinschaften, um neue Soundscapes aufzunehmen. Bei Interesse gerne unter contact@kollektiv-eigenklang.com melden.

Link zur Soundscape aus dem Dannenröder Wald: <https://bit.ly/3FXVZdV>
(Damit die Aufnahme ihre volle Wirkung entfalten kann, bitte unbedingt mit Kopfhörern hören.)

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

Erst der Inhalt - dann die Form



...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW - der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25-jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

Ja, wie denn nun? Bei Betriebsgründungen oder Erweiterungen bestehender Gemeinschaftsunternehmungen sowie bei der Versteigerung von Projektgruppen und Initiativen steht schnell die Frage nach der äußeren Hülle weit vorne auf der Tagesordnung. Die Suche nach der passenden sogenannten Rechtsform. Häufig sogar bevor überhaupt ein praktischer Schritt getan wird. Auch in dieser Zeitung werden periodisch gesellschaftsrechtliche Formen gehandelt, angeboten oder protegiert. Natürlich die Genossenschaft, da verführt schließlich allein schon der Name, der ein gemeinsam angestrebtes Gefühl suggeriert. Aber auch Vereine stehen hoch im Kurs, die gibt's schließlich wie Sand am Meer und ist Deutschlands allerliebste Formation: kann also nicht ganz verkehrt sein. Doch auch eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist angeblich superleicht zu gründen, ist bankenkonzernkonform und falls mal etwas schief gehen sollte: scheinbare Schadensbegrenzung! Entsprechend schlecht steht eine GbR, eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts, im Kurs: Da haftet ja angeblich individuell jede*r für sein/ihr

Tun! Über allem schwebt zusätzlich oft die sogenannte Gemeinnützigkeit, weil wir selbstverständlich ehrenwerte und nur allgemein nützliche Dinge im Sinn haben...

Und so begegnen uns in sehr vielen Beratungsgesprächen Vorstellungen, Illusionen, Hoffnungen oder angeblich bestehende Zwänge darüber, unter welcher Flagge das Schiff segeln soll. Entsprechend gibt es im Bereich der Solidarökonomie und Selbstverwaltung zunehmend Angebote, die vorrangig genau auf die Beantwortung dieser Frage abzielen, wie in der »normalen« Geschäftswelt auch. Entsprechend groß ist, gelinde gesagt, die Verwirrung, wenn dieses Thema beim ersten Treffen in unserem Beratungsbüro anfänglich weit nach hinten sortiert wird. Statt der erhofften Klarheit beim gegoogelten Halbwissen, gibt es zunächst neue Fragen. Sie betreffen die Gruppenzusammensetzung, die Erfahrungen der Mitglieder, die persönlichen Ressourcen, die Risikobereitschaft, die Entschiedenheit, die individuelle Motivation, die Ideengeschichte des Vorhabens, die mittelfristigen Wünsche und Absichten, die finanziellen Notwen-

digkeiten und die Anforderungen von außen. Die Beantwortung füllt regelmäßig viele Stunden und Treffen in und mit den Gruppen. Nicht Wenige stöhnen: Jetzt haben wir ja noch mehr Fragen als die, mit denen wir gekommen sind!

Wenn die Beteiligten nach dieser enttäuschenden Erfahrung trotzdem wiederkommen, geht's an den Kern des gesamten Vorhabens: die Erstellung eines Kollektivstatus, eines Binnenvertrages oder einer solidarischen Gemeinschaftserklärung. Das gemeinsame Bekenntnis ausnahmslos aller Beteiligten zu diesem Zeitpunkt, was und wie gewollt und gewünscht wird. Und zwar im Klartext, in einfacher Sprache und wenig missverständlichen Worten: zum Beispiel wie kommt jemand dazu und wie wieder raus, was wird mit meinem Geld, was bedeutet Scheitern, wie werden Streitigkeiten geklärt, wer entscheidet und wie, um nur einige Punkte dieser Vereinbarung aufzuzählen. Die Gruppen definieren und bestimmen ihre Essentials. Das hält Gruppen zusammen und entscheidet über Wohl und Wehe aller Vorhaben. Und in keinem Fall die äußere Verfassung!

Dann und wirklich erst dann kommt - im Idealfall - das Faktenwissen der Berater*innen zum Zuge. Was muss überhaupt öffentlich und/oder verrechtlicht werden? Welche Rechtsform kann autonom und ohne Expert*innen bedient werden? Welche äußeren Anforderungen müssen erfüllt werden? Alle Rechtsformen, die diese Gesellschaft zur öffentlichen Teilnahme anbietet, haben ausnahmslos große Nachteile. Es gibt streng genommen keine einzige, die für solidarische, gleichberechtigte oder kollektive Absichten geeignet ist. Die Aufgabe ist es also, eine offizielle Verpackung zu finden, die den eigentlichen Kern am wenigsten schädigt, ausreichenden Schutz bietet und das ursprüngliche Denken und Handeln der Beteiligten möglichst wenig verformt. Letztlich eine Gesamtstruktur, die nach außen Handlungsfähigkeit bietet und nach innen die kollektiven Inhalte bewahrt. Soweit »Richtiges« im »Falschen« überhaupt möglich ist. Ein leichter Weg ist leider nicht vorgesehen.

Willi Schwarz

EIN AUTARKES MINIHAUS

Glücklich geschrumpft

Klemens Jakob lebt in einem Kleinheim mit 18 Quadratmetern Grundfläche. Die wahre Größe des Hauses sind seine inneren Werte - und seine Autarkie: Für Strom und Wasser sorgt es selbst.

MARKUS WANZECK, HAMBURG

»Urlaub, was ist das?« Nicht kreuz und quer durch die Welt zu reisen, das ist für Klemens Jakob keine Einschränkung, war es schon vor der Coronakrise nicht. Der kleine Radius, den sein Leben inzwischen hat, ist die Krönung seines sechs Jahrzehnte währenden Lebenskunstwerkes, so sieht er es. »Urlaub ist für Menschen, die irgendwelche Dinge tun, die ihnen keinen Spaß machen«, sagt Jakob, verschmitztes Lächeln, kurze silbergraue Locken. Er zeigt auf den Wintergarten an der Südseite seines Hauses. »Im Sommer ist da Afrika, 50 Grad warm. Im Osten drüben ist dann mehr Südfrankreich, Spanien. Und im Norden ist immer Schweden.« Er hat sich seine Welt gemacht, wie sie ihm gefällt.

Das Leben von Klemens Jakob, 61, ist eines der kurzen Wege. Wenn man sein Häuschen betritt, im Garten hinter einem großen, alten Bauernhaus im 660-Seelen-Dorf Isingen am Fuß der Schwäbischen Alb, steht man schon direkt im Wohnzimmer. Ein Schritt nach rechts: das Bad. Ein Schritt nach vorn: die Küche. Über eine Holzterrasse gelangt man nach oben in die Schlafetage.

Jakob hat sich in Eigenregie ein Eigenheim gebaut, das dreifach außergewöhnlich ist. Zum einen, das fällt sofort ins Auge, ist es erstaunlich klein. 18 Quadratmeter Grundfläche. Damit ist es so kompakt wie ein Tiny House auf Rädern – allerdings ist es unbeweglich, eine Immobilie, auf sechs Punktfundamenten ruhend. Jakob gönnt sich also nicht einmal die Hälfte der durchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnfläche in Deutschland. Die steigt seit Jahrzehnten. Waren es 1991 noch etwa 35 Quadratmeter pro Person, sind es heute ein Drittel mehr: knapp 47 Quadratmeter.

Zweitens ist das Jakob'sche Häuschen so nachhaltig wie kaum ein anderes. Erbaut fast ausschließlich aus den Naturmaterialien Holz, Kalk und Lehm. Die Fenster und Türen sind dreifach verglast, damit sie im Winter die Wärme drinnen und im Sommer draußen halten. Die Wände sind mit Holzfaserplatten gedämmt, 20 Zentimeter dick.

Außerdem, drittens, ist das Minihaus autark: Es benötigt keinen Strom aus dem öffentlichen Netz – und auch kein Wasser. Beides schickt der Himmel. Einmal als Sonnenstrahlen. Einmal als Regen.

Das Haus wurde aus vorgefertigten, nummerierten Holzelementen zusammengesteckt. Ein bisschen wie ein Ikea-Schrank, nur größer. Und tatsächlich ist das Haus zugleich ein Schrank: Unter den Bodenplatten, die Jakob mit einem Saugnapf anheben kann, befinden sich kleine Stauräume. Für Essensvorräte. Für Bücher. Für Stromspeicher. Sechs Blei-Gel-Batterien hat er unter der Bodenplatte direkt am Eingang verbaut, für den Sonnenstrom, den die Fotovoltaikanlage auf dem Dach erzeugt.

Ein Badeofen, der mit Holz befeuert wird, sorgt für Warmwasser. »Den mach ich einmal am Tag an, dann reicht das für 24 Stunden.« In der Zwischenholzdecke der Schlafetage schlummert zudem eine Klimaanlage – in Form von 300 Kilogramm »Phasenwechselmaterial«. Das, erklärt Jakob, schmelze bei 21 Grad Celsius. Sinke die Temperatur darunter, kristallisiere es wieder. »So wird das Haus eine Zeit lang um die 20



▲ Klemens Jakob in seinem autarken Kleinheim mit 18 Quadratmetern

Foto: Christoph Püschner/Zeitenpiegel

Grad Celsius gehalten.« Wenn es im Winter mal klirrend kalt wird, kann der Badeofen auch die Heizung mit Warmwasser versorgen.

»Espresso oder eine Tasse Wasser?« Klemens Jakob kredenzt seinen Besucher*innen in weißem Porzellan eine Cuvée aus Regen-, Spül- und Duschwasser. Klingt gewöhnungsbedürftig. Doch mit einer gewitzten Pflanzenkläranlage vor dem Küchenfenster und diversen Filtersystemen hat er dafür gesorgt, dass das, was bei ihm aus dem Hahn sprudelt, Trinkwasserqualität hat. 2.500 Liter fasst der unterirdische Regenwassertank. »Ein bis zwei Jahre ohne Regen halte ich damit locker durch«, sagt Jakob. Denn wirklich verbraucht wird nur Wasser, das er trinkt oder verkocht. Alles andere geht zurück in den kleinen Wasserkreislauf des Hauses. »Ich kann duschen, so lange ich will. Daran musste ich mich erstmal gewöhnen.« Eine Klospülung gibt es in dem Haus nicht. Denn das WC ist eben gerade kein »Water Closet«, sondern eine Trockentoilette. Was hier anfällt, landet über kurz oder lang als Dünger im Garten.

Klemens Jakob, der als junger Mann einmal nach Nordafrika radelte und später beim Kunststudium von Josephs Beuys' Werk dazu inspiriert wurde, das eigene Leben als soziales Kunstwerk zu sehen, hat für sich beschlossen: »Ich möchte nicht auf Kosten anderer leben.« Er hat sein Leben so gestaltet, dass es Modell stehen kann für einen »weltgerechten Lebensstil«, gemäß der goldenen Regel des Anthropozäns: Verbrauche nur so viele Ressourcen, wie jedem einzelnen Menschen bei einer global gerechten Verteilung zustehen. »Unser Lebensstil hier in Deutschland

verschlingt das Fünffache von dem, was uns eigentlich zusteht. Als mir das klar wurde, hab ich gesagt: Nee, will ich nicht.«

Solch ein Leben, sagt Jakob, habe nichts mit Verzicht zu tun. »Im Gegenteil. Das ist eine riesige Aufwertung. Luxus pur.« Denn Lebensqualität habe wenig mit Besitz zu tun: »In unserer Gesellschaft lautet die Gleichung: Zeit ist Geld«, sagt Jakob. Aber das stimme nicht: »Zeit ist Leben.« Er zeigt rauf, auf den Hügel, wo die Eigentümshäuser des Neubaugebietes stehen: »Kein Haus unter 500.000 Euro. 30 Lebensjahre.«

Sein Häuschen hingegen schenkt ihm Lebenszeit, Tag für Tag. Mini-Putzaufwand. Mini-Nebenkosten. Eine Tonne Holzbriketts oder Buchenholz für den Badeofen reiche ein Jahr, erklärt Jakob. Macht rund 250 Euro. Dazu komme noch das Methanol für den Campingkocher in der Küche, 30 Euro für zehn Liter. Einmal im Jahr ein neuer Schwefstofffilter und eine UV-Lampe für die Wasserreinigung für zusammen vielleicht 120 Euro. Dann noch die Müllabfuhr. Viel mehr ist es nicht.

»Mit 1.000 Euro im Monat komme ich sehr gut aus«, sagt Jakob. Davon bekomme er etwa 250 Euro als Spenden von Besucher*innen. An jedem ersten Samstag im Monat öffnet er sein Haus, Tag der offenen Tür, führt 50 bis 100 Interessierte in Kleingruppen herum. Das restliche Geld komme durch Vorträge und Workshops herein. »Und immer wieder gibt es Menschen, die mir für meine Beratung etwas bezahlen.« So wie Klemens Jakob das sagt, klingt es wie ein kleines Wunder.

Der Hausbau selbst hat Jakob zwar einiges an Zeit und, als Pionier, natür-

lich auch an Nerven gekostet, aber was das Geld angeht: Viel mehr als 50.000 bis 60.000 Euro Materialkosten kamen nicht zusammen.

Die Idee für das genügsame Zuhause war ihm 2015 gekommen, erzählt Jakob. Er arbeitete damals für die Fotovoltaikfirma seines Sohnes. Super Sache, so hatte er lange gedacht: »Wir verdienen unser Geld. Die Kunden verdienen ihr Geld. Und gemeinsam retten wir die Welt.« Doch allzu oft erlebte er, was Wirtschaftswissenschaftler »Rebound-Effekt« nennen: Das durch die eingesparte Energie eingesparte Geld wurde reinvestiert – in Dinge, die gar nicht im Sinne des Klimaschutzes sind. Als Jakobs Kunden am Wechselrichter sehen konnten, wie viel CO₂ sie einsparten, setzte sich bei einigen von ihnen der imaginäre Rechenschieber in Bewegung, erzählt er. »Und dann ging das klack-klack-klack: Dafür können wir einmal mehr in den Urlaub fliegen. Oder ein dickeres Auto kaufen.«

Jakob stieg aus dem Solarstromgeschäft aus. Und ersann und erbaute, gemeinsam mit Unterstützern, sein »Ownhome«, wie er es nannte. »Eigen-Heim«. Was man im Sinne von »selbst besitzen« verstehen kann und im Sinne von »selber machen«. Im Frühjahr 2016 begannen die Bauarbeiten. Im Herbst 2017 konnte er einziehen.

Klemens Jakob könnte Kapital aus seiner Idee schlagen, Tiny Houses sind in Deutschland seit Jahren im Trend. Doch er möchte mit dem kleinen Haus nicht das große Geld schelfeln. Damit, glaubt er, würde er ja nur wieder Teil jener kapitalistischen Wachstumslogik, die die Probleme erzeugt, zu deren Lösung er beitragen will. Kaufen kann man das »Ownho-

me« deshalb nicht. Aber gerne selbst bauen, sagt Jakob. Alles, was man dafür brauche, finde man auf seiner Internetseite. Außerdem könne man ihn jederzeit um Rat fragen. »Es gibt also keine Ausreden«, sagt Jakob mit einem Lächeln.

Im Kleinen greift seine Idee bereits um sich. Weitere »Ownhomes« sind derzeit in Planung oder schon im Bau, darunter eines in der Schwarzwaldstadt Rottweil und zwei im Raum Berlin.

Auch in Jakobs unmittelbarer Nachbarschaft sind weitere Minihäuser geplant – oder schon im Werden. »Am Ende«, sagt er, »werden auf dem Grundstück so zehn, zwölf Menschen leben.« Klemens Jakob braucht nicht mehr in die große, weite Welt gehen. Er holt sie zu sich, Afrika, Südfrankreich, Schweden und all die Weltbewohner.

Link: ownworld.org

ANZEIGE

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit
Kaffee & Tee von
zapatistischen Kooperativen
und vom CRIC/Kolumbien

Espresso aus
handwerklicher,
kollektiver
Trommelröstung

Kollektiv
Zapatista

Am Veringhof 11
21107 Hamburg
Tel: 040 - 28780015

Infos und Online-Shop:
www.aroma-zapatista.de

Ein Manifest zu einer konkreten Utopie

In ihrem Buch untermauert Gudrun Perko das Bildungskonzept einer radikalen Diversity. Sie weiß um die erdrückende Existenz von Rassismus, Sexismus und Klassismus - und möchte trotzdem Menschen ermutigen. Ermutigen sich ihrer selbst bewusst(er) zu sein und zu handeln. Dabei argumentiert sie auch ihre Vorstellungen zu den umstrittenen Themen wie Bündnisse, Identitäten, Pluralität, nichtdiskriminierende Sprache aus. Ein Buch, das neue Perspektiven öffnet und damit Mut macht - was auch das darin enthaltene Manifest zu einer konkreten Utopie zeigt, das wir an dieser Stelle leicht gekürzt veröffentlichen.


GUDRUN PERKO UND LEAH CAROLA CZOLLEK

Sich Utopien vorzustellen, ist nicht neu. Denken wir an Platons »Politeia«, in der er bestehende sozio-ökonomische Verhältnisse, das politische System und verschiedene Institutionen kritisierte und eine utopische Alternative entwarf. Denken wir an (...) »Das Buch von der Stadt der Frauen« von Christine de Pizan, die einen utopischen Ort für Frauen beschrieb. Ernst Bloch ist nicht zu vergessen, der den Begriff »Konkrete Utopie« bildete oder Cornelius Castoriadis, um noch einen zu nennen, der einen Entwurf der autonomen Gesellschaft vorlegte und nicht müde wurde zu betonen, dass es Menschen sind, die diese verwirklichen können und keine höhere (göttliche) Instanz. Die Zeit der Utopien ist nicht vorbei. Damit es keine Missverständnisse gibt: Hier wird keine allgemeine Gesellschaftsutopie im Sinne des Schlaraffenlandes oder romantischer Vorstellungen ausgemalt. Vielmehr geht es uns darum, aus den vorangestellten Veränderungs- und Handlungsstrategien eine Vorstellung zu entwerfen, wie – aus der Kritik an diskriminierenden Praxen gewaltvoller Macht- und Herrschaftsverhältnisse heraus – gemeinsame Räume und Bündnisse gestaltet sein könnten. Und es ist kein abgeschlossener Text. Schreibt ihn also weiter.

Was ist der Ausgangspunkt unseres Manifestes? Es gibt Macht- und Herrschaftsverhältnisse, es gibt Diskriminierungsverhältnisse, wir leben in autoritären Entwicklungen mit ihrer Zuspitzung wie Rechtsextremismus und Islamismus, die uns alle bedrohen.

ANZEIGE

graswurzel revolution



Seit 1972 erscheint die graswurzelrevolution und kommentiert die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht.

Jahresabo/Geschenkaboo: 38 € (10 Ausgaben)
Schnupperabo: 5 € (8 € Ausland, 3 Ausg., Vorkasse)
Auslandsabo: 48 €
Förderabo: 60 €
www.graswurzel.net
abo@graswurzel.net

Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden. Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch. Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.



▲ In der Utopie der Radical Diversity sind alle Menschen in ihrer Verschiedenheit Teil einer offenen Gesellschaft.

Foto: Angie Garrett / flickr.com (CC)

Mit diesem »wir« meinen wir ein zahlenmäßiges »wir« der Vielen, die gemeinsam eine andere Gesellschaft wollen, in der Menschen frei und demokratisch miteinander leben.

Wie könnten Bündnisse aussehen, damit wir eine Kraft entwickeln, die über regelmäßige Demonstrationen, Kritiken, Petitionen etc. hinausgeht und selbst Machtpositionen formuliert und beansprucht (...)? Wir kommen in unsere Bündnisse mit all unserer Verstricktheit in Macht- und Herrschaftsverhältnisse, in die wir geworfen wurden und werden, ohne uns dafür entschieden zu haben. Wir betreten den Raum der Bündnisse und tragen auf unseren Schultern die Gesellschaft mit, in der wir jeweils sozialisiert wurden. So wie sich die Dringlichkeit zur Veränderung für uns zeigt, gibt es keine Zeit für Zaungespräche wie des miteinander Redens über jeweils erlebte Verletzungen und Diskriminierungen als Strategie. Wir müssen handeln im öffentlichen Raum. Es ist an der Zeit, konkrete Vorstellungen zu entwickeln, in welcher Gesellschaft wir konkret leben möchten.

Hierbei ist die dringlichste Frage: Wie soll der öffentliche Raum, den wir uns alle gemeinsam teilen, so gestaltet werden, dass alle in ihrer radikalen Verschiedenheit daran teilnehmen können? Dabei ist es zunächst wichtig, sich von romantischen Vorstellungen von einem Miteinander ohne Konflikte zu verabschieden. Wir alle tragen Gepäck mit uns herum, das schwerer ist als die Oberfläche zeigt. Unsere Geschichten sind eingeschrieben in unsere Körper, in unser Denken, in unsere Blicke auf die Welt. Auch das macht uns radikal verschieden. Die Herausforderung besteht für uns also darin, eine gemeinsame Welt so zu gestalten, dass wir alle daran teilhaben können, weil diese radikale Verschiedenheit nicht einfach zu überwinden ist und auch nicht überwunden werden muss.

Wenn wir im Kontext dieses Themas beispielsweise über die soziale Frage sprechen, dann haben wir Fragen der globalen Ausbeutung, Fragen von Rassismus und Antisemitismus, Fragen nach globaler Machtungleichheit und Armut im Blick. Genauso gilt unser Blick lokalen Verhältnissen der Ausgrenzung, der Unter-

drückung, der Marginalisierung und der sozialen Benachteiligung ganzer Bevölkerungsgruppen. Wir müssen diese Blicke wie in einem Kaleidoskop zusammenbringen, gemeinsam bedenken und dagegen handeln – ohne sie gegeneinander auszuspielen. Dabei muss es uns gelingen, die Anliegen der Anderen zu den eigenen Anliegen zu machen. Wir müssen aufhören, uns gegenseitig als Kategorien zu sehen. Unser Blick muss auf die Struktur gerichtet sein, auf die Analyse der Verhältnisse und weg von der Individualisierung gehen. Dabei müssen auch Überlegungen angestellt werden, wie Brücken gebaut werden können zu jenen hin, die zunächst nicht mit uns im Bündnis erscheinen, weil wir selbst jene nicht mitbedenken, und auch in unserem Sprachhandeln aktiv ausschließen. Das heißt, auch Sprache ist Handeln und wir laufen Gefahr nur mit uns selbst zu sprechen.

Was bedeutet das für Bündnisse und Solidaritäten, wenn Menschen erst unsere Sprachcodes beherrschen müssen, um selbst mitsprechen zu können? Die Vermittlung richtet sich hier nach allen Seiten: Es geht einerseits um ökonomische Verhältnisse und andererseits auch um das nicht gegeneinander Ausspielen verschiedenen Denkens, Sprechens und Bildungsstandards. Dazu gehört, die Figur der »einfachen Leute« versus der Figur des »Intellektuellen« aufzulösen. Bei der sozialen Frage geht es immer um die Frage von Klassismus und der Kritik daran(...)

Im Kontext von Bündnissen müssen wir über Antisemitismus, Rassismus und Antisemitismus sprechen. Wir müssen auch über Migrations- und Antimuslimismus sprechen. Wir müssen ihre Erscheinungsformen wahrnehmen und ihre Unterschiede kennen. Wir müssen analysieren, in welchen verschiedenen Verwandlungen über Jahrhunderte sich diese Strukturen gesellschaftlich verfestigt haben und wie sie heute aussehen. Wir müssen sehen, wie sie unser Denken, unsere Sprache, unser Handeln beeinflussen. Wir müssen immer bedenken, dass wir dies alles in uns tragen. Verbunden sind alle diese Erscheinungsformen der Diskriminierung miteinander wie zum Beispiel durch das Othering oder dadurch,

welche Funktionen sie innerhalb der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse erfüllen. Das gilt auch für Sexismus, Homo- und Transmisogonismus, für Ableismus etc.

Stellen wir uns eine Welt vor, in der wir uns nicht gegenseitig ausspielen oder gar bekämpfen.

So wie wir immer wieder über Aktionsformen nachdenken und diskutieren, brauchen wir Räume für Theoriebildung, die unsere Anliegen formulieren. Es muss uns auch gelingen, die Kluft zwischen Praxis und Theorie, zwischen Aktion und Denken zu überwinden. Wir müssen denkend handeln und handelnd denken.

Bündnisse bedürfen einer Streitkultur der Radikal Verschiedenen. Unser Vorschlag:

- Diskutieren wir Angelegenheiten, ohne Menschen zu attackieren und Beziehungen zu zerstören.
- Überprüfen wir unsere Motivation. Wollen wir gewinnen oder Probleme lösen?
- Hören wir der anderen Seite zu und seien wir bereit, unsere Perspektiven gegebenenfalls zu korrigieren.
- Ziehen wir in Erwägung, dass mehrere Seiten recht haben könnten, auch wenn wir unterschiedliche Perspektiven vertreten.

Damit wir uns nicht missverstehen: Gewaltverherrlichungen, Rechtfertigung von Diskriminierung, Befürworten von Extremismus – das sind keine Perspektiven.

Verabschieden wir uns von der Vorstellung, dass jede*r mit jede*m befreundet sein muss und wir eine harmonische Gesellschaft bilden könnten. Wir können getrennt bleiben und können dennoch einen gemeinsamen öffentlichen Raum gestalten, den sich alle teilen. Es ist eine Illusion zu denken, dass Identitätspolitik im Kontext unserer jeweiligen Gruppen und Communities, so wir solchen angehören, in absehbarer Zeit auflösbar wären. Gleichzeitig ist es möglich, dass Menschen sich jenseits von Identitäten verständigen. Ein »Strategischer Essentialismus« ist etwas anderes als »Identity Politics«.

Unsere Bündnisse müssen ein Ort der radikalen Verschiedenheit und gesellschaftlichen Pluralität werden, also ein Radical Diversity.

Radical Diversity

... bezeichnet die konkrete Utopie, in der Social Justice (als Anerkennungs-, Verteilungs-, Befähigungs- und Verwirklichungsgerechtigkeit) gesellschaftlich realisiert wäre – ein Entwurf also einer inklusiven und partizipativen, für alle Menschen in ihrer radikalen Verschiedenheit offenen Gesellschaft. Mit Radical Diversity beschreiben wir auch eine kritische Praxis, der es um die Veränderung homogener Institutionen und Praxen hin zu einem Mainstream der radikalen Verschiedenheit und gesellschaftlichen Pluralität geht. Selbst wenn die gesellschaftlichen Realitäten derzeit noch dagegen sprechen, lässt sich doch eine Situation vorstellen, in der eine inklusive und partizipative, alle Menschen in ihrer radikalen Verschiedenheit anerkennende Gesellschaft verwirklicht ist. Radical Diversity bedeutet, auf eine Gesellschaft hinzuarbeiten, in der keine Gruppe eine andere Gruppe diskriminiert. Unser Blick richtet sich dabei auch auf die Realisierung von Umweltgerechtigkeit (Natur, Tiere, Klima). Für eine Veränderung der Gesellschaft hin zu Radical Diversity ist der Gedanke der Transformation zentral: Nicht zuletzt setzt eine Veränderung dieser Art eine Neu- und Umverteilung von ökonomischen und anderen Ressourcen voraus. In gleichem Maße erfordert sie das Vorgehen gegen tradierte Wissensbestände und Stereotype, die einzelne Menschen oder Gruppen immer wieder als »überlegen«, »richtig« oder »normal« und andere als »abweichend« oder »nicht-normal« erscheinen lassen. (...)

Aus: Gudrun Perko: Social Justice und Radical Diversity. Veränderungs- und Handlungsstrategien. Beltz Juventa, Weinheim/Basel 2020, 16,95 Euro

Gudrun Perko ist Professorin an der FH Potsdam mit dem Schwerpunkt Gender und Diversity. Leah Carola Czollek ist Sozialpädagogin, Supervisorin und Mediatorin. Zusammen leiten sie das 2005 gegründete Institut Social Justice und Radical Diversity. 2019 erschien das von den beiden herausgegebene Praxishandbuch »Social Justice und Diversity. Theorien - Training- Methoden - Übungen«, in einer überarbeiteten, zweiten Auflage (Beltz Juventa Verlag, Weinheim/Basel).

Link: <https://institut-social-justice.org>

JUBILÄUM 1991-2021

30 Jahre Sozialgenossenschaftsgesetz in Italien

Genossenschaften haben in Italien bereits bei ihrer Entstehung Mitte des 19. Jahrhunderts neben dem gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb der Mitglieder einen zweiten Förderauftrag als soziale Aufgabe des Genossenschaftswesens übernommen. Ursprünglich als Reaktion auf die geopolitische Situation entstanden, trägt diese Besonderheit bis heute. Bei den »cooperative sociali«, den Sozialgenossenschaften, ist daraus der eigentliche Unternehmenszweck geworden, der die traditionelle genossenschaftliche Mitgliederförderung ersetzt.

OSCAR KIESSWETTER, SÜDTIROL

Als 1861 erstmals seit der Antike wieder ein einziger italienischer Nationalstaat entstand, bestanden große soziale Unterschiede zwischen dem wohlhabenderen Norden des Landes und dem ländlich geprägten, ärmeren Mezzogiorno in Süditalien. Das Ungleichgewicht wuchs mit der von der Industrialisierung ausgelösten Landflucht. Vor diesem Szenario begann die noch junge Genossenschaftsbewegung fehlende oder unzureichende Leistungen der öffentlichen Hand zu ergänzen. Und sie bot ihre Dienste auch Zielgruppen außerhalb der eigenen Mitgliederbasis an. Dieser gemeinwirtschaftliche Förderauftrag wurde 1948 im Artikel 45 der republikanischen Verfassung verankert.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges trugen italienische Genossenschaften konkret zur Verwirklichung der Grundrechte auf Gesundheit und Fürsorge bei, um die Säumigkeit und Ineffizienz des Staates zu überwinden. Das aktive Eingreifen der katholischen Kirche in die soziale Problematik des Landes nach dem II. Vatikanischen Konzil beschleunigte die Entstehung der Sozialgenossenschaften. Zeitgleich nahmen die Suchterkrankungen zu, denen die Sozialdienste weder Erfahrung noch Ressourcen entgegenstellen konnten.

Sogar der medizinische Fortschritt mit der gestiegenen Lebenserwartung und den höheren Überlebenschancen behinderter Neugeborener wurde zum Problem, weil zielgruppengerechte Sozialleistungen fehlten, um Schwächere als Vollmitglieder der Gesellschaft zu unterstützen.

Die ersten cooperative di solidarietà sociale (deutsch: Genossenschaften der sozialen Solidarität) definierten das Interesse für die Gemeinschaft in ihren Satzungen als Gesellschaftszweck. Sie machten Benachteiligte zur Zielgruppe – unabhängig von ihrem Mitgliederstatus. Dies geschah in einem rechtsfreien Raum, weil die bestehende Gesetzgebung eine soziale Aufgabe als Unternehmenszweck – selbst bei Genossenschaften – nicht vorsah. Ausschlaggebend für den späteren Erfolg war die von Franco Basaglia betriebene Psychiatriereform, die eine soziale Eingliederung der in Anstalten eingeschlossenen Patienten anstrebte. Sie erforderte eine externe psychiatrische Betreuung, die von der öffentlichen Hand nicht gewährleistet werden konnte. Sie wurde primäres Betätigungsfeld für die genossenschaftliche Selbsthilfe.

Handeln für die Gemeinschaft

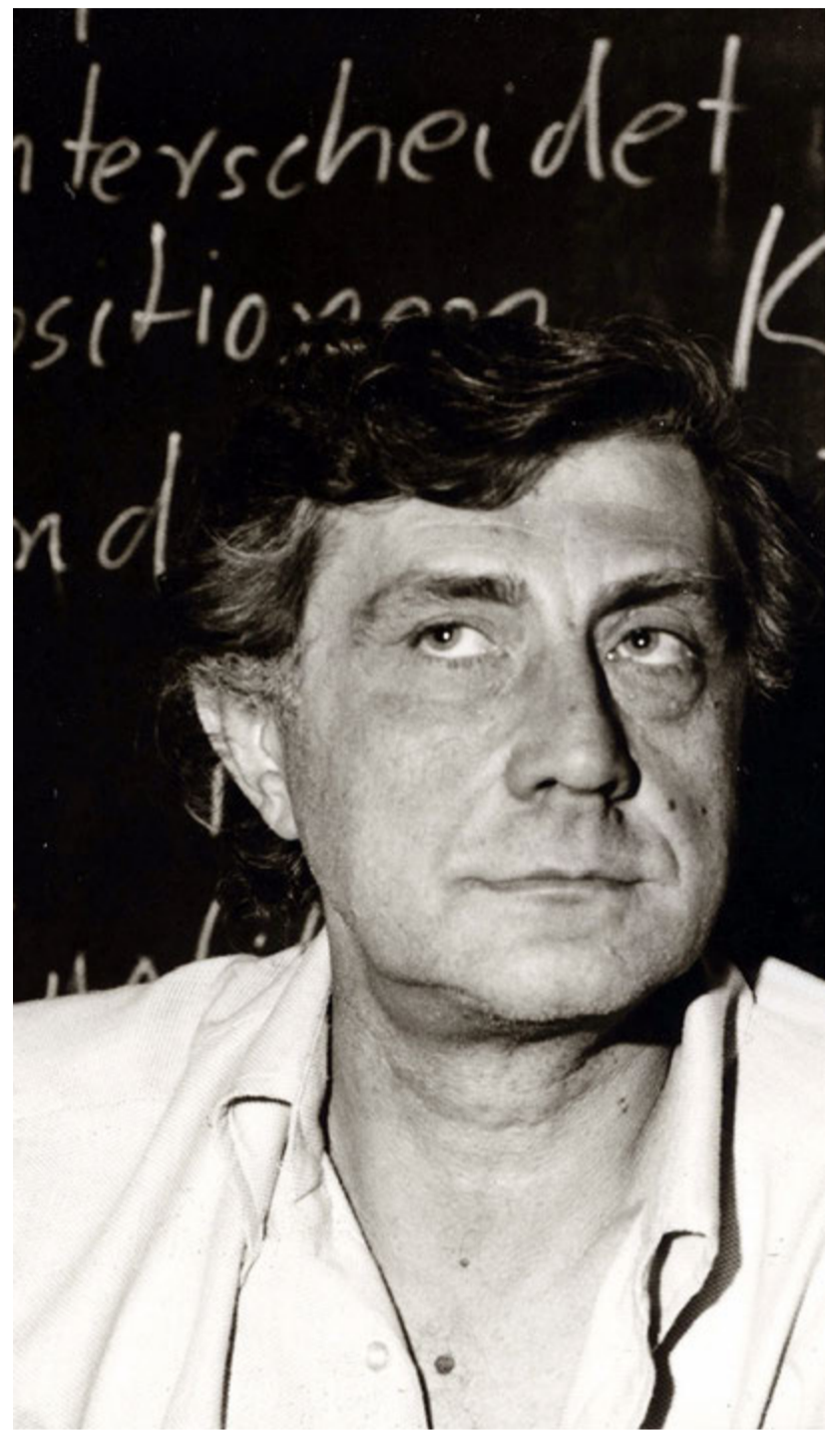
Die erste Sozialgenossenschaft entstand in der psychiatrischen Anstalt in Triest und stellte psychisch Kranke wieder als Menschen in den Mittelpunkt ihres innovativen Behandlungsansatzes. Der neue Anstaltsleiter Franco Basaglia betrachtete die ursprünglich praktizierte Ergotherapie als ausbeuterische und menschenunwürdige Zwangsarbeit. Er entwickelte, großen Widerständen zum Trotz, eine Patientenkooperative, in der Ärzt*innen, Sozialarbeiter*innen und Familienmitglieder die Patienten in die Arbeitsprozesse einbezogen, um ihre brachliegenden Fähigkeiten wieder zu aktivieren.

Erst zehn Jahre später leitete der italienische Gesetzgeber die Anerkennung der Sozialgenossenschaften in die Wege, als man feststellen musste, dass der Staat nicht für alle Bedürfnisse der Gemeinschaft aufkommen konnte. Es dauerte weitere zehn Jahre bis zur endgültigen Verabschiedung, weil die entgegen gesetzten Weltanschauungen im Parlament und das anfängliche Misstrauen von Gewerkschaften und Genossenschaftsverbänden überwunden werden mussten. Anfang 1991 erfuhr die parlamentarische Debatte eine entscheidende Beschleunigung. Die Zahl der im gesetzfreien Raum tätigen Genossenschaften hatte weiter zugenommen und ihre Leistungen waren für den Sozialstaat unverzichtbar geworden. Die Genossenschaftsbewegung handelte eindeutig schneller als der Gesetzgeber.

Das Gesetz Nr. 381 vom 8. November 1991 prägte die Definition Sozialgenossenschaften und führte eine Unterscheidung nach Tätigkeitsbereichen ein, einerseits soziale Dienstleistungen und andererseits Arbeitsengliederungsmaßnahmen. Seitdem regelt es nahezu unverändert diese besondere Genossenschaftsform. Bei dieser stellt das zentrale Anliegen nicht das private Interesse der Mitgliederförderung dar, sondern das generelle, gleichsam öffentliche Interesse der Gemeinschaft am Wohlergehen ihrer Teilnehmer und an der Integration der Schwächeren. Dadurch wurde erstmals sichtbar – und rechtlich abgesichert – wie die in der Verfassung verankerte soziale Aufgabe der italienischen Genossenschaften gestaltet werden kann.

Dr. Oscar Kiesswetter ist italienischer Wirtschaftspublizist und Betriebswirt. Sein Buch »Genossenschaften Made in Italy - Ein Erfolgsbericht« ist eines der wenigen deutschsprachigen Fachbücher über die soziale Funktion italienischer Genossenschaften.

Kontakt: oscar.kiesswetter@rolmail.net



▲ Franco Basaglia startete in Triest die nach ihm benannte Reform der Psychiatrie und passte die genossenschaftlichen Grundsätze seinem therapeutischen Ansatz an. (Bild von 1979)

Foto: Wikipedia

SOZIALGENOSSENSCHAFT TRIEST

Kooperative Inklusion als Revolution

Die im Jahr 1972 gegründete Società Cooperativa Sociale Lavoratori Uniti Franco Basaglia (C.L.U.) ist die älteste Sozialgenossenschaft Italiens. Sie begann ihre sozialunternehmerische Tätigkeit fast zwanzig Jahre vor der gesetzlichen Anerkennung der genossenschaftlichen Arbeitseingliederung – noch dazu im ungewohnten Bereich der Psychiatrie.

OSCAR KIESSWETTER, SÜDTIROL

Die Società Cooperativa Sociale Lavoratori Uniti (Deutsch: Sozialgenossenschaft vereinter Arbeiter) mit Sitz in Triest ist eine erfolgreiche Arbeitsgenossenschaft, von denen in Italien viele aktiv sind. Der jüngste Geschäftsbericht weist einen stattlichen Umsatz von über 6,1 Millionen Euro aus, der in Bereichen erwirtschaftet wird, die für die Beschäftigung von Benachteiligten besonders geeignet sind: Gebäudereinigung und Landschaftspflege, Transport und Logistik, Catering und Betriebskantinen. Das Eigenkapital beträgt fast 620.000 Euro und die Zahl der Beschäftigten ist auf 258 Personen angestiegen, davon 29 Prozent ausländischer Herkunft. Insgesamt arbeiten 142 Frauen in der Belegschaft mit – soweit ein ganz normales Genossenschaftsunternehmen.

Die Ursprünge der C.L.U. sind aber ungewöhnlich. Sie liegen hinter den Mauern der geschlossenen psychiatrischen Anstalt von Triest, die 1904 erbaut worden war, als die Hafencity noch zur Donaumonarchie gehörte. Dort waren im Jahr 1971 fast 1.200 psychisch Kranke untergebracht, genauer gesagt weggesperrt. Nach damaliger Auffassung musste der Rest der Welt vor ihrem Einfluss geschützt werden. Die Anstalt lag auf einem Hügel mit Meeresblick, war aber von einer drei Meter hohen Mauer umgeben und von der Außenwelt hermetisch abgeschlossen. Die Patienten kamen zum Teil aus dem benachbarten Ausland, weil sie als Kriegsschädigung auf Kosten Italiens in der Klinik behandelt wurden.

Die Gründung der Genossenschaft beruht auf einer Initiative des neuen Direktors der Anstalt, Franco Basaglia. Er startete in Triest die nach ihm benannte Reform der Psychiatrie, die auch im Ausland Aufsehen erregte. Bei seinem Anliegen, die Zwangsmaßnahmen abzuschaffen und die Anstalt zu öffnen, um die Wiederaufnahme sozialer Kontakte zu ermöglichen, musste er den Widerstand der Schulpsychiatrie und der akademischen Welt überwinden. Er passte die genossenschaftlichen Grundsätze seinem

therapeutischen Ansatz an und schaffte mit seiner Arbeitsgenossenschaft die Voraussetzungen, um psychisch Kranke während der Behandlung auch auf ihre soziale Rehabilitation und die Eingliederung ins Erwerbsleben vorzubereiten.

Die bisher im Namen der Ergotherapie unbezahlt verrichteten Arbeiten wurden Teil eines Beschäftigungsprogrammes. Mit diesem konnten die psychisch kranken Genossenschaftsmitglieder auch ihre bürgerlichen Rechte wiedererlangen. Nicht nur die Gewerkschaften sahen misstrauisch auf dieses Vorhaben. Auch die Genossenschaftsverbände brauchten lange, um das innovative Modell als Selbsthilfeeinrichtung anzuerkennen. Der erweiterte Förderauftrag mit seiner Ausrichtung auf eine Zielgruppe von benachteiligten Personen, die nicht ausnahmslos zur Mitgliederbasis gehörten, wurde vom bestehenden normativen Rahmen nicht richtig erfasst.

Die Verwaltung der Anstalt weigerte sich lange, die Rechnungen der Genossenschaft für die erbrachten Arbeitsleistungen zu bezahlen. Sie musste mit einem kompakten Streik überzeugt werden, dass im Hause ein eigenständiges Unternehmen entstanden war. Das innovative Modell der

Arbeitseingliederung fand viele Nachahmungen und wurde im Laufe der Zeit an die Bedürfnisse anderer benachteiligter Menschen angepasst. Der Erfolg des Experiments in Triest beschleunigte den parlamentarischen Verlauf des sogenannten Basaglia-Gesetzes zur Psychiatriereform, das 1978 veröffentlicht wurde.

Daraufhin kam es zu einer Gründungswelle von Sozialgenossenschaften, nachdem auch in anderen Regionen Italiens geschlossene psychiatrische Institutionen von offenen therapeutischen Einrichtungen ersetzt wurden. Das genossenschaftliche Experiment aus Triest wurde immer wieder kopiert, um eine korrekte Beschäftigungstherapie zu gewährleisten. Bei diesem waren Ärzte, Pflegepersonal, Betreuer und Angehörige der Patienten in eine Gemeinschaft eingebunden, die für die bisherigen Anstaltsinsassen ein menschlicheres (Arbeits)Umfeld ermöglichten.

Nach dem frühen Tod von Franco Basaglia beschloss die Mitgliederversammlung der Genossenschaft 1981 den Namen ihres Gründers in der Firmenbezeichnung zu verewigen. Seitdem erbringt die Società Cooperativa Sociale Lavoratori Uniti Franco Basaglia erfolgreich personen-

bezogene Dienstleistungen innerhalb der psychiatrischen Klinik von Triest in Zusammenarbeit mit den dortigen Ärzten und Pflegekräften. Sie hat sich als Sozialgenossenschaft im Großraum der Provinz Triest als zuverlässiger Dienstleister etabliert.

ANZEIGE

Solange es Menschen gibt, gibt es Wanderungen. Heute leben und arbeiten viele Menschen aus Afrika in Europa und Deutschland. Und sie leben oft hier, um ihren Familien Geld zu schicken: Rücküberweisungen.

Rücküberweisungen
Magazin Verlag, 2020, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

ÜBER DEN TELLERRAND

BELUSCHISTAN

» Die Proteste brauchen Gehör «



▲ Es gibt eine starke Widerstandsbewegung in Belutschistan und viele Proteste – insbesondere auch von Frauen und FLINTA*. Foto: Balochistan Times



▲ Das Siedlungsgebiet der Belutschen erstreckt sich über den Osten Irans, den Süden Afghanistans und den Südwesten Pakistans. Foto: Wikipedia

Der 18. März ist als internationaler Aktionstag für die Befreiung aller politischen Gefangenen auf der ganzen Welt von Bedeutung. Ganz besonders auch in einem fernen und besonders unterdrückten Land – Belutschistan. Von vielen als systematischer ethno-kultureller Völkermord angesehen, wird Belutschistan nicht nur von einem, sondern von zwei faschistischen Regimen unterdrückt: Iran und Pakistan. Belutschische Aktivist*innen, die im Exil in Deutschland leben, haben zu diesem Anlass folgenden (von der Redaktion gekürzten) Text geschrieben, um auf die Lage in ihrem Heimatland aufmerksam zu machen:

1839 besetzten die Briten die Region, die zu dieser Zeit als »Khanat von Kalat« bekannt war. Sie griffen den damaligen Herrscher von Belutschistan, Mehrab Khan, an und töteten ihn. Anschließend teilten die Briten Belutschistan in drei Teile. Belutschistan wurde am 11. August 1947 zum unabhängigen Land erklärt. Die beiden anderen Teile des Landes blieben unter Besatzung. Ost-Belutschistan (oder Belutschistan auf der pakistanischen Seite der Grenze) blieb fast ein Jahr lang ein unabhängiges Land, um dann später am 27. März 1948 von Pakistan besetzt zu werden. Nach der Besetzung des Landes begann ein Widerstand gegen die neuen

Kolonisator*innen, unter denen es zu schweren Menschenrechtsverletzungen kam. Seither ist die Region von Gewalt geprägt: Menschen der Zivilgesellschaft oder solche, die sich nicht an die Anweisungen des »Deep-states« halten sowie ihre Sympathisanten*innen verschwinden regelmäßig spurlos.

Einerseits erklären Menschenrechtsorganisationen aus Ostbelutschistan, dass mehr als 40.000 Zivilist*innen in pakistanischer Militärhaft sind. Es wird angenommen, dass sich die Bürger*innen in geheimen Folterkernern befinden. So werden regelmäßig Todesfälle in Haft gemeldet und hunderte politischer Gefangener sterben an den Folgen der schweren Folter durch die Staatsmacht. Andererseits hat auch das iranische Regime immer wieder explizit politische, belutschische Gefangene hinrichten lassen.

Die Saga des spurlosen Verschwindens politischer Aktivist*innen und Freiheitskämpfer*innen Belutschistans tauchte erstmals in den 1960er Jahren auf: Als Sher Mohammad Marri und seine Parri-Kämpfer*innen Taktiken des modernen Guerillakriegs gegen pakistanische Streitkräfte für die Freiheit Belutschistans einsetzten und bei entsprechenden Vergeltungsmaßnahmen Menschen gewaltsam

verschwanden. Die jüngste Welle des Verschwindens/der Verschleppungen begann jedoch im Jahr 2001, als Ali Asghar Bangulzai, ein politischer Aktivist, von Streitkräften verschleppt wurde. Ali Asghar Bangulzai gilt weiterhin als vermisst.

Die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für gewaltsame Verschleppungen hatte in ihrem Bericht von 2012 Bedenken hinsichtlich der erschreckenden Zahl von Fällen in Belutschistan geäußert, seitdem jedoch keinen weiteren Besuch dort abgestattet. Es wird angenommen, dass Pakistan den internationalen Organisationen die entsprechende Erlaubnis verweigert hat.

Belutschistan ist praktisch für jede Institution gesperrt, die möglicherweise eine Quelle für die Übermittlung von Informationen an die Außenwelt sein könnte. Darüber hinaus sind die lokalen Medien im Griff von Sicherheitskräften, die angeblich auch an Kriegsverbrechen beteiligt sind. Tausende in der von Konflikten heimgesuchten Region Belutschistan werden gewaltsam verschleppt, gefoltert und indoktriniert, nur um missbraucht zurückzukehren, eine islamistische extremistische Haltung zu bestätigen und sich ihrer eigenen Identität zu schämen oder eben überhaupt nicht zurückzukehren.

Die Verfolgung und Repression der Belusch*innen beschränkt sich jedoch nicht auf das Land der belutschischen Bevölkerung. So wurde erst kürzlich Karima Baloch, eine belutschische Aktivistin in führender Rolle in Toronto vermisst gemeldet. Einen Tag später wurde ihre Leiche aus dem Ontario-See in Kanada geborgen. Acht Monate vor ihrem mysteriösen Tod wurde ein Journalist aus Belutschistan, Sajid Hussain, in Schweden vermisst gemeldet. Auch seine Leiche wurde aus einem Gewässer geborgen. Beide arbeiteten daran, die Situation in Belutschistan in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Karima Baloch war die erste weibliche Vorsitzende der belutschischen Studierendenorganisation (BSO). Sie wurde in die BBC-Liste der 100 inspirierenden und einflussreichen Frauen aufgenommen. Sie war außerdem Augenzeugin der Entführung ihres Kollegen vom BSO: Der Ex-Vorsitzende Zahid Kurd Baloch wurde durch pakistanische Streitkräfte am 18. März 2014 aus der Hauptstadt Belutschistans verschleppt. Zahid Baloch gilt weiterhin als vermisst, und Karima bereitete sich darauf vor, in der bevorstehenden Überprüfung Pakistans beim UNHCR auszusagen.

Außerdem war sie Augenzeugin für eines 2014 in Tootak, Khuzdar, entdeckten Massengrabes, aus dem

mehr als 100 Leichen exhumiert wurden, die dort vorher ohne Identifizierung und Kennzeichnung begraben wurden. Einige der später identifizierten Leichen waren politische Aktivist*innen, die vorher von staatlichen Kräften entführt worden waren.

Sajid Hussain Baloch, ein bekannter Journalist und Chefredakteur der Balochistan Times, arbeitete an einem Bericht über Menschenrechtsverletzungen durch die pakistanische Armee in Belutschistan, der laut seinen engen Mitarbeiter*innen kurz vor der Veröffentlichung in der UPR stand.

Jegliche Hoffnung auf Gerechtigkeit durch die Justiz vor Ort ist aus dem Herzen der Bevölkerung verschwunden, da die Täter*innen dieselben Menschen sind, die dort im Namen ihrer vermeintlichen Sicherheit eingesetzt werden: die Armee. Alle Hoffnung auf ein Überleben der Bevölkerung scheint von internationaler Bekanntheit und Solidarität abzuhängen. Es gibt eine starke Widerstandsbewegung in Belutschistan und viele Proteste – insbesondere auch von Frauen und FLINTA*. Doch diese Proteste brauchen Gehör, auch hier in Deutschland, Europa und der westlichen Welt.

Link: <https://balochistantimes.com/> (englischsprachig)

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

Opfer aufpolierter Aufklärungsquoten

Jedes Jahr präsentieren Polizeieinheiten landauf und landab gesteigerte Aufklärungsquoten. Damit suggerieren sie der Bevölkerung, ihr Wirken sei für deren Sicherheit vorteilhaft. Die Liste der Ausblendungen ist dabei lang, unter anderem die Frage, wie viel Gewalt und Verbrechen durch die Präsenz und das Handeln der Polizei, durch Strafverfahren und Einsperren überhaupt erst hervorgerufen werden – ganz zu schweigen von Normierungen und der sich ständig vergrößernden Spanne zwischen arm und reich. Eine weitere Form der Manipulation zerstört den davon betroffenen Menschen ihr komplettes Leben. Aufgeklärt gilt ein Fall, wenn eine Person als Täter*in überführt wurde – sei es durch die Polizei oder durch ein Gerichtsurteil. Es kommt nicht darauf an, dass es die

richtige Person ist. Dadurch werden viele Fälle als aufgeklärt bezeichnet, die tatsächlich ein Irrtum oder eine gezielte Fälschung sind. Das führt immer wieder zu Verurteilungen beliebiger Personen, um einen Fall abzuschließen statt aufzuklären. Drei krasse Fälle sind in dem Buch »Weggesperrt« von Gudrun Rödel beschrieben – mit vielen abgedruckten Originaldokumenten, die die Abläufe belegen. Die Autorin selbst schreibt: »Diese drei Dokumentationen in meinem Buch sollen die katastrophalen Folgen aufzeigen, wenn in Institutionen wie Justiz und Polizei einfach (empirische) Beweise frei erfunden werden können, ohne dass irgendwelche drastische Konsequenzen für die Verursacher entstehen. Die sich dadurch ergebende folgenschwere Dynamik für weitere ähnlich gelagerte Fälle lässt die Frage aufkommen, wie groß wohl die Dunkelziffer von unschuldig verurteilten Straftätern in unserem Land sein muss.«

Bilanz der Repression rund um die »Danni bleibt«-Kämpfe

Hunderte von Festnahmen, etliche mehrwöchige, zum Teil bis heute dauernde Verhaftungen und ein merkwürdig vertuschender Umgang mit Übergriffen der Polizei: Die Räumung der Baumhäuser und der Umgang mit Protesten auf und um die Trasse der geplanten Autobahn A 49 zeigte einmal mehr, wie einseitig der Staat seine Sichtweise von Recht und Ordnung auslegt. Wurden Angriffe von Polizist*innen auf Besetzer*innen selbst dann, wenn sie erkennbar absichtlich eine deutliche Gefährdung von Leben und Gesundheit herbeigeführt hatten, stets sofort als Versehen oder fahrlässig eingestuft, waren Würfe oder Bewegungen von Aktivist*innen in Richtung der Polizei versuchter Totschlag oder gar Mord. Begleitet war diese wohl eher auf die Wirkung in

Medien ausgelegte Taktik von sehr seltsamen Rechtsauslegungen seitens der Behörden. So stützte sich die gesamte Räumung auf das Waldgesetz, welches aber ausschließlich dem Ziel des Walderschutzes dient, also für Waldzerstörungen nicht hätte herangezogen werden dürfen. Zu einem besonderen Eskalationspunkt entwickelte sich das Versammlungsrecht. Rund um den Beginn der Räumung versuchte das als Versammlungsbehörde per Selbsteintritt agierende Regierungspräsidium (RP) Gießen, alle Camps und dauerhaften Einrichtungen zu verbieten. Erst rund 50 Klagen und zwei gewonnene Verfassungsbeschwerden später konnte ein einigermaßen handhabbarer Rahmen für die Protestcamps und Mahnwachen erstritten werden. Das RP ist Teil der Landesregierung Hessen, die selbst der Bauherr der A 49, also klar befangen war.

Deutliches Plädoyer gegen die Haftstrafe

Die Debatte ist nicht neu, die Kernaussage auch nicht umstritten: Haftstrafen vergrößern das Risiko krimineller Karrieren und bieten keine Ansatzpunkte zur sogenannten Resozialisierung. Mit Fallbeispielen und aus der eigenen Anschauung als Bediensteter in der Justizverwaltung gewonnener Überzeugung untermauert Prof. Bernd Maelicke in seinem Buch »Das Knast-Dilemma« (2. Auflage 2019, Nomos Verlag in Frankfurt, 254 Seiten, 17,90 Euro) dieses Wissen. Er plädiert dafür, mit Ausnahme schwerer Verbrechen auf die Haftstrafe ganz zu verzichten und beschreibt einige, meist noch kleinere, Modellprojekte dieser Art, die zeigen, dass eine solche Strategie Erfolg haben könnte.

Jörg Bergstedt



CRITICAL MASS

» Wir sind der Verkehr! «



▲ Die Critical Mass erobert mit dem Fahrrad die Straßen zurück.

Foto: Critical Mass Graz

Beginnen hat alles bereits 1992 in San Francisco: Scheinbar zufällig und unorganisiert trafen sich Menschen mit ihren Fahrrädern, um die Straße vom Autoverkehr zurück zu erobern. Seitdem hat sich die Bewegung unter dem Namen »Critical Mass« fast über die ganze Welt verbreitet.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Auch in deutschen und österreichischen Städten treffen sich regelmäßig nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer*innen in ausreichender Zahl – das will der Begriff »critical mass« aussagen –, um die Straße für kurze Zeit in Besitz zu nehmen und den motorisierten Verkehr »auszubremsen«. Ihr Ziel ist, mit gemeinsamen Fahrten auf nicht vorher festgelegten Routen durch Innenstädte, mit ihrer bloßen Menge und dem konzentrierten Auftreten von Fahrrädern auf den Radverkehr als Form des Individualverkehrs aufmerksam zu machen. Ein wesentliches Merkmal ist die nicht hierarchische, scheinbar zufällige Form der Organisation, bei der sich keine verantwortliche Person ausmachen lässt.

Das Bild vermittelt Buntheit und Spass, Musik ist immer dabei, dafür sorgen die sogenannten »Soundbikes«, die Lautsprecherboxen mitführen.

Seit mehr als 13 Jahren in Graz

Seit 2007 gibt es Critical Mass auch in Graz, immer am letzten Freitag im Monat, immer zur gleichen Zeit vom gleichen Treffpunkt und das ganze Jahr über. Die »kritische« Masse, die notwendig ist, um den motorisierten Verkehr Paroli zu bieten und unter der es keinen Sinn mehr macht loszufahren, wurde mit zehn festgelegt. Meist sind es aber je nach Wetter und Jahreszeit zwischen 50 und bis zu 170 Teilnehmende aller Altersgruppen, wobei Junge überwiegen. Nicht nur normale Fahrräder kann man dabei sehen, sondern auch Lastenräder, Tandems, Liegeräder oder die sogenannten »Freak-Bikes« oder »Tall Bikes«, originelle Fahrräder, die in den Fahrradküchen zusammengeschweißt werden. Getragen wird die Initiative von Menschen aus der Fahrradküche, einer selbstorganisierten Fahrradwerkstatt, von der Radlobby ARGUS und – vor allem in der Anfangszeit – auch von Fahrradboten.

Aber wie reagieren Polizei und die anderen Verkehrsteilnehmer*innen auf die Aktionen? Wie kann man für eine Veranstaltung, für die mit Flyern und in sozialen Medien öffentlich geworben wird, die Unorganisiertheit glaubhaft machen? »Am Anfang kam es schon immer wieder zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die versuchte, verantwortliche Personen zu eruiieren und uns mit ein bis zwei Polizeiwagen eskortierte«, erzählt eine Person, die von Anfang an dabei war, aber nicht namentlich genannt werden will. Aber man blieb im Gespräch, arrangierte sich und nun passiert es sehr selten, dass Polizei auftaucht, wie kürzlich erst, als von vier Polizisten noch keiner etwas von Critical Mass gehört hatte. Sie wurden aufgeklärt und zogen wieder ab.

Hupt, wenn ihr uns mögt!

Überhaupt setzt die Bewegung auf Freundlichkeit und Konfliktvermeidung. Es werden Flyer mit den Prinzipien verteilt, etwa »Wir sind friedlich und provozieren andere VerkehrsteilnehmerInnen nicht«, oder »wir beleidigen nicht mal Autos, die's verdienen«. Aber, so erzählt die

Auskunftsperson, »wenn Autos hupen, antworten wir ihnen mit einem Klingelkonzert. Manchmal sagen wir auch »hupt, wenn ihr uns mögt«. Man hält sich weitgehend an Verkehrsregeln wie Einbahnstraßen oder rote Ampeln. Wenn allerdings die Ampel auf Rot springt, bevor alle drüber sind, fährt der Rest noch nach – was in Deutschland erlaubt ist, in Österreich aber nicht. »FußgängerInnen und Öffis haben Vorrang! Wir respektieren Zebrastreifen und lassen Busse und Trams passieren«, heißt es ebenfalls im Flyer. Sicherheit wird groß geschrieben, man bewegt sich langsam weiter, die Gruppe bleibt zusammen, wenn Lücken entstehen, wird gewartet. Kreuzungen werden abgesichert, so dass kein Auto von der Seite den geschlossenen Pulk teilen kann.

Wer vorne ist, entscheidet

Radwege benutze man aber nicht, sei es doch gerade das Ziel, die Straße zu besetzen. Ein besonderes Gefühl sei es, wenn der Pulk mehrspurige Straßen in ganzer Breite einnimmt und die Autos sich hinten anstellen müssen und man habe die ganze breite Straße leer vor sich. Einen besonderen Reiz haben auch Kreisverkehre, die gern mehrmals von der ganzen Gruppe umrundet werden.

Und wer entscheidet wohin man fährt? »Das machen die vordersten unter sich aus«, lautet die Antwort, »und wenn jemand eine Idee hat, oder einfach Lust die Strecke mitzubestimmen, dann kommt diese Person einfach nach vorne«. Üblicherweise dauern die Aktionen ein bis eineinhalb Stunden, im Sommer aber auch manchmal bis in die Nacht hinein, »weil es einfach Spass macht«, und manchmal gibt es anschließend ein Picknick.

Critical Mass für jeden Anlass

Es gibt auch besondere Aktionen, je nach Jahreszeit. Etwa im Juni die »Naked Bike Rides«, wo die Teilnehmenden mehr oder weniger nackt fahren und durch die spärliche Bekleidung auf die Verletzlichkeit des menschlichen Körpers, besonders von Radfahrer*innen im Straßenverkehr hinweisen. Rund um Halloween findet die »Creepy-cal Mass« statt, mit gruseliger Verkleidung, Spinnweben, einem mitgeführten Sarg und ähnlichem Zubehör. Im Advent werden

die Räder mit Lichtergirlanden geschmückt und die Soundbikes erschallen die Stadt mit Weihnachtsliedern. Manchmal gibt es »Kidical Mass«, speziell für Kinder.

Kommt ein Radfahrer bei einem Verkehrsunfall ums Leben, wird beim nächsten Critical Mass das »Ghost Bike« mitgeführt. Das ist ein komplett weiß gestrichenes, fahruntüchtiges Fahrrad, das in der Nähe der Unfallstelle aufgestellt wird und dort für längere Zeit stehen bleibt. Dafür werden Grundbesitzer*innen gesucht, die das ermöglichen. Manche Ghostbikes sind nach wenigen Monaten weg, andere stehen schon seit Jahren und halten das Andenken an getötete Radfahrer lebendig.

Critical Mass ist eine Aktion, die mit Spass, Lautstärke und friedlich für mehr Platz für Radfahrer wirbt und darauf aufmerksam macht, dass die Stadt mehr Raum für dieses umweltfreundliche Verkehrsmittel zur Verfügung stellen sollte.

Link: <https://criticalmass.in>
(mit Städteliste und Terminkalender)

ANZEIGE

Gefangene nicht vergessen!

In schwierigen Zeiten sind verlässliche Informationen lebenswichtig.

Bitte spenden Sie »contraste« für Gefangene zum Preis von jährlich 45,00 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V. Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE02 1002 0500 0003 0854 00 Kennwort: »contraste« www.freibos.de

Freiabonnements für Gefangene e.V.



▲ Die »Naked Bike Rides« sollen auf die Verletzlichkeit des menschlichen Körpers im Straßenverkehr hinweisen. Grafik: Critical Mass Graz



BEREITS 45 RADENTSCHEID-INITIATIVEN IN DEUTSCHLAND

Für eine Politisierung der Verkehrspolitik

Seit den 1970er Jahren kämpften Aktivist*innen in Berlin vergeblich für bessere und sichere Radinfrastruktur. 2016 entschied eine kleine Gruppe, die später zu Changing Cities e.V. wurde, neue Wege zu gehen: Weg vom Minimalkonsens mit der Verwaltung hin zum großen Wurf, dem Volksentscheid.

RAGNHILD SOERENSEN, CHANGING CITIES

Innerhalb von dreieinhalb Wochen sammelten sie über 100.000 Unterschriften für sicheres und komfortables Radfahren in Berlin. Die Verkehrswende von unten war geboren. Heute, fünf Jahre später, gibt es in Berlin das erste deutsche Mobilitätsgesetz und weitere 45 Radentscheide bundesweit mit insgesamt fast einer Million Unterschriften für die Verkehrswende, Tendenz steigend. Was war passiert?

Verkehrspolitik war jahrzehntlang Sache von Ingenieur*innen und Planer*innen. Sie wurde dem angeblich neutralen Sachverstand überlassen und die Aufteilung des öffentlichen Raumes folgte der Logik der »Leistungsfähigkeit«: je mehr Kfz, desto besser. Das führte dazu, dass heute etwa 60 Prozent des öffentlichen Raumes dem motorisierten Individualverkehr gewidmet sind. Alle anderen Mobilitätsformen wurden unter dieser Prämisse an den Rand gedrängt.

Mit dem Volksentscheid Fahrrad Berlin gelang zum ersten Mal im großen Stil die Politisierung der Verkehrspolitik: Die Zivilgesellschaft forderte lautstark ein Mitspracherecht, wenn über die Nutzung des öffentlichen Raumes entschieden wurde. Der Tenor war: Eure Mobilität ist nicht unsere, wir wohnen hier und wir wollen sicher und komfortabel zu Fuß, mit dem Rad und mit dem öffentlichen Nahverkehr unterwegs sein. Die Fragen sind überall die gleichen: Warum gibt es für Fahrräder kein eigenes, ausgebauten Netz, wie es das Kfz überall in Deutschland genießt? Warum können Kinder nicht sicher zur Schule fahren? Warum überlässt man wenigen Autofahrer*innen den wertvollen öffentlichen Raum und bietet ihnen kostenlos oder zumindest ausgesprochen kostengünstig Lagerraum für ihre Stehzeuge? Die offensive Aufzeichnung von Konflikten kombiniert mit positiver, oft selbstironischer Kommunikation schlug ein. Die Zeit war reif für einen Wandel.



▲ Radentscheid Bochum beim Klimastreik der Fridays for Future im März 2021

Foto: Uli Frank

Zögerliche Umsetzung

Im Schatten der politischen Wahrnehmung hat sich der Mobilitätsdiskurs vom Auto verabschiedet. In Berlin besitzen nur etwa 350 von 1.000 Bewohner*innen überhaupt ein Auto, aber Politik und Verwaltung agieren weiterhin extrem zögerlich, auch nur einige wenige Parkplätze zugunsten des Umweltverbundes, also des Fuß-, Rad- und des öffentlichen Nahverkehrs, aufzugeben. Sogar die offiziell im Mobilitätsgesetz festgeschriebenen Infrastrukturmaßnahmen, wie geschützte Radwege an Hauptverkehrsstraßen, die Einrichtung von Fahrradstraßen oder Umgestaltung von Kreuzungen kommen kaum voran. Viele andere Städte und Gemeinden in Deutschland legen eine ähnliche, zermürbende Trägheit an den Tag, wenn es

um die Gestaltung einer zukunftsfreundlichen, nachhaltigen Mobilität geht.

Neuer Schwung durch Covid-19

Erst die Covid-19-Pandemie hat wieder ein wenig Schwung gebracht. Bedingt durch eine neuartige Wahrnehmung des öffentlichen Raumes wurden Verwaltungen plötzlich mutig: Allein in Berlin entstanden im Frühjahr 2020 25 Kilometer sogenannte Pop-up-Radwege und es wurden temporäre Spielstraßen eingerichtet, um den öffentlichen Raum für die Menschen im Lockdown zu öffnen. Diese plötzliche Agilität kam durch eine wegweisende enge Kooperation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft zustande. Leider wurden die temporären

Maßnahmen vielerorts wieder zurückgebaut, als hätten die Verwaltungen Angst vor der eigenen Courage bekommen. In der Zivilgesellschaft ging es dagegen in die entgegengesetzte Richtung: 2020 war ein Rekordjahr, was die Gründung neuer Radentscheid-Initiativen anbelangt.

Wir stellen fest, dass die Zivilgesellschaft der Politik meilenweit voraus ist. Überall, wo ein Radentscheid initiiert wird, ist Rückhalt in der Bevölkerung vorhanden: Nie ist ein Radentscheid an mangelnder Zustimmung gescheitert. Es sind die lokale Verwaltung und Politik, die zögern. Die Verkehrswende wird aber nicht nur lokal ausgebremst, auch auf Landes- und Bundesebene fehlen ein Sensorium und ein Wille für die Ausrichtung nachhaltiger Mobilität. Wir initiierten deshalb in diesem Wahljahr BundesRad, ein Bündnis der Radentscheide, um die Verkehrswende bundesweit auf die politische Agenda zu setzen. Neben einem nationalen Radnetz fordern wir vor allem eine Neuausrichtung der finanziellen und rechtlichen Grundlagen der Mobilität.

Mehr als nur Fahrräder

Lag der Fokus von Changing Cities am Anfang vor allem auf dem Rad als politischem Vehikel zur Durchsetzung der Verkehrswende von unten, fokussieren wir uns nun verstärkt auf den öffentlichen Raum. Mit #Kiezblocks wollen wir 180 Wohnviertel in der Hauptstadt (15 je Bezirk) vom Durchgangsverkehr befreien. Das Mittel der Wahl ist hier der Anwohner*innenantrag. Lokale Initiativen schießen wie Pilze aus dem Boden und mobilisieren weitere Nachbar*innen, um den eigenen Kiez lebenswerter zu gestalten. Changing Cities stellt Materialien, Know-how und Hilfsmittel zur Verfügung, damit die Kieze eigenständig agieren können. Denn wenn es etwas gibt, das wir gelernt haben, dann ist es dies: Verkehrspolitik findet nicht mehr nur in den Amtsstübchen der Republik statt. Sie wird in erster Linie von einer lebendigen, vielfältigen Zivilgesellschaft vorangetrieben, einer Zivilgesellschaft, die nicht in Sachzwängen, sondern in politischen Möglichkeiten denkt.

Links:
changing-cities.org
bundesrad.org

RADWENDE BOCHUM

»Parteien trauen sich an die heilige Zweispurigkeit nicht ran«

Die Radwende Bochum hat sich als eine von 45 Lokalgruppen der Aktion RadEntscheid angeschlossen und zusätzlich zu den Forderungen der bundesweiten Kampagne einen eigenen Forderungskatalog für Bochum entwickelt, der auf der Webseite nachzulesen ist. CONTRASTE-Redakteur Uli Frank hat die Fragen an die Initiative per Mail gestellt.

Wie ist die soziale Zusammensetzung und die Mitgliederentwicklung in eurer Gruppe?

Wir sind ein bunter Haufen von Menschen verschiedenen Alters und Geschlechts. Bei uns sind alle Menschen willkommen, die Lust haben, sich für die Verkehrswende in Bochum zu engagieren. Es sind etwa 40 bis 50 Menschen im Radwende Bündnis aktiv. Gerade im letzten Jahr hatten wir mit dem Start des »RadEntscheid« einen großen Zulauf, gerade auch von

jüngeren Menschen. Viele von uns engagieren sich seit Jahren in verschiedenen Gruppen in der Stadt, zum Beispiel für Themen wie Umweltschutz, bürgernahe Stadtentwicklung oder auch Bürger*innenbeteiligung.

Warum habt ihr eine Initiative gegründet und nicht die Arbeit in einer politischen Partei versucht?

Bochum hat in den letzten Jahrzehnten kein stadtweites Konzept für den Ausbau von Radwegen entwickelt. Hier und da werden zwar einige 100 Meter Radweg gebaut, oft fangen diese aber im Nichts an und enden abrupt. Laut der Verwaltung liegt es nicht an den finanziellen Mitteln, sondern eher am fehlenden politischen Willen. Trotz einer rot-grünen Mehrheit im Stadtrat wurde die Erstellung eines Radverkehrskonzeptes jahrelang verschleppt. Es gibt in den politischen Gremien bei Neuplanungen immer wieder Diskussionen, wenn für einen Radweg Parkplätze weichen müssen. An die scheinbar heilige Zweispurigkeit des motorisierten Individualverkehrs traut sich bisher keine Partei heran. Wir wollten daher in einem überparteilichen Bündnis arbeiten und uns nicht von Parteien instrumentalisiert lassen.

Welche Aktionsformen habt ihr bisher versucht und plant ihr?

Wir haben Fahrrad-Demos organisiert, uns an den Klimastreiks beteiligt und Mängeltouren für interessierte Bürger*innen angeboten. Auch im Netz sind wir aktiv: Wir haben 2019

einen Mängel-Adventskalender mit eingereichten Bildern von Bochumer*innen veröffentlicht, eine Online-Podiumsdiskussion mit Bochumer Politiker*innen veranstaltet. Außerdem haben wir einen Mängelmelder angelegt, auf dem wir eingereichte Mängel auf einer Stadtkarte sichtbar machen. Unsere neusten Errungenschaften sind ein eigener Podcast sowie natürlich die Initiierung des mittlerweile autonomen Projekts »RadEntscheid Bochum«.

Habt ihr Ansprechpartner bei der Stadtverwaltung oder den Parteien?

Ja, wir führen regelmäßig Gespräche mit dem Tiefbauamt sowie Politiker*innen aus den Parteien (außer der AfD!). Umgesetzt wird dies durch unsere AG Politikgespräche. Auch mit dem Oberbürgermeister haben wir uns schon ausgetauscht.

Wie ist die Reaktion der Leute in Bochum und der Medien?

Viele Bochumer*innen unterstützen unsere Forderungen und beteiligen sich beispielsweise mit Freude an unseren Demos und Aktionen, wo bis zu 700 Leute teilgenommen haben. Zuletzt konnten wir viele Mitstreiter*innen für das Projekt »RadEntscheid« gewinnen, bei welchem sich etwa 50 Menschen aktiv engagieren. In den sozialen Medien (Instagram, Twitter, Facebook) haben wir je nach Plattform rund 700 bis 1.000 Follower*innen. Bei einfachen Umfragen auf Instagram beteiligen sich regelmäßig bis zu 150 Leute. Zudem haben wir immer mal wieder Gast-

beiträge beim Radio Bochum und im lokalen Fernsehen.

Hat die Corona-Pandemie Auswirkungen auf den Schwerpunkt Radverkehr?

In den letzten Monaten beobachten wir an den städtischen Fahrrad-Messstellen gegenüber den Vorjahren täglich neue Rekordwerte. Viele Menschen haben sich ein neues Fahrrad gekauft und benutzen dieses im Alltag. Das zeigte sich auch an ausverkauften Bochumer Fahrradgeschäften. Zeitweise war es nicht einmal möglich, Fahrradöl zu bekommen. In Folge des erhöhten Radverkehrs kam es vermehrt zu Unfällen und Konflikten mit anderen Verkehrsteilnehmer*innen. Der Vorschlag der Radwende, PopUp-Radwege in der Stadt anzulegen, wurde nach einer Prüfung durch die Verwaltung abgelehnt.

Konzentriert ihr euch bewusst auf ein Thema oder vertretet ihr übergeordnete Ziele?

Im Hauptfokus steht für uns die Verbesserung der Bochumer Fahrradinfrastruktur und die dafür erforderlichen Maßnahmen. Für uns ist das ein Teil einer sozialökologischen Verkehrswende, wir sprechen uns aus für eine deutliche Stärkung des Umweltverbundes. Die Verkehrswende ist zwingend nötig, damit sich die Klimakrise nicht noch weiter zuspitzt – denn auch Bochum hat im Juni 2019 den Klimanotstand ausgerufen, seitdem sind jedoch keinerlei relevante Veränderungen in Kraft getreten.

Link: www.radentscheid-bochum.de

ANZEIGE

Gemeinsam die Welt verbessern?
Genossenschaft gründen!
www.genossenschaftsgruendung.de
 Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
 Baumeisterstr. 2 · 20099 Hamburg · Tel. 040-2 35 19 79-0



EIN VERKEHRSKONZEPT VON UNTEN FÜR GRAZ

Den Platz in der Stadt anders verteilen



▲ Die Übergabe der gesammelten Unterschriften an den Grazer Gemeinderat im Januar 2020

Foto: MoVe IT

Vor zwei Jahren entstand die Initiative »MoVe IT« – eine Abkürzung für »Mobilität und Verkehr in Transition«, die auch für sich alleine stehen kann – mit zwölf Forderungen an die Stadt Graz. Brigitte Kratzwald sprach für CONTRASTE mit dem Gründer und Pressesprecher Christian Kozina.

Christian, kannst du erzählen, wie das alles begonnen hat?

Angefangen hat es damit, dass ich an der Uni eine Lehrveranstaltung gehalten habe, in der es darum ging, zu thematisieren, wie Graz autofrei werden könnte. In der Lehrveranstaltung selbst hat sich das gar nicht so verwirklichen lassen und darum habe ich dann aus den dort entwickelten Ideen ein Mobilitätskonzept geschrieben, das war 2018, und hab mir überlegt, wie ich das nach Außen tragen könnte. Ich bin auf die verschiedenen Mobilitätsinitiativen zugegangen, die es damals in Graz gab, die Radlobby Argus, den Verein Fahrgast, die Lastenradleute, Menschen von Systemchange und andere Menschen, die ich kannte. Mit denen hab ich das noch ausgefeilt und dann haben wir das in einer gemeinsamen Pressekonferenz veröffentlicht. Es gab viel Interesse und viel positives Feedback, darum haben wir bei einem weiteren Treffen beschlossen, wir wollen daran weiterarbeiten.

Was habt ihr damit gemacht?

Wir haben dann Fahrradparaden und Demos organisiert, gegen Feinstaub und allgemein für eine andere Verkehrspolitik. Wir wollten aber auch proaktiv sein und haben konkrete Forderungen entwickelt und in einem internen Prozess besprochen und abgestimmt. Im Sommer 2019 haben wir diese Forderungen dann allen Stakeholdern vorgelegt und uns von ihnen noch Feedback geholt. Das waren politische Parteien, die Wirtschaftskammer, die Holding Graz (für den öffentlichen Verkehr in Graz zuständig, Anm. d. Redaktion). In dem Rahmen ist dann auch der Name entstanden und im Herbst 2019 haben wir schließlich unsere Kampagne gestartet. Wir haben sie in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt und die Unterschriftensammlung begonnen. Wir haben über 12.000 Unterschriften gesammelt, das ist mehr als die Zahl, die in Graz notwendig ist, um eine Volksbefragung einzuleiten, allerdings wollten wir diesen formalen Weg nicht gehen. Für uns war es einfach wichtig, den Rückhalt für unsere Forderungen in der Bevölkerung sichtbar zu machen. Im Jänner 2020 haben wir diese Unterschriften dann plakativ vor dem Rathaus an den Gemeinderat übergeben.

Genau zu diesem Zeitpunkt wurden die »Fahrradmillionen« beschlossen. Stadt Graz und Land Steiermark haben vereinbart, bis 2030 je 50 Millionen Euro in den Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur in Graz zu investieren, damit sollte insbesondere der Bau von Radschnellwegen forciert werden. Dazu sollten auch mehr Stellen für die Radverkehrsplanung geschaffen werden. Wir wissen nicht, ob und wie das mit unseren Aktivitäten zusammenhing, aber auf jeden Fall war schon die Unruhe in der Bevölkerung spürbar und es war klar, dass etwas geschehen musste in Bezug auf Verkehr. Einiges ist dann tatsächlich auch geschehen, aber vieles andere natürlich nicht.

Du hast ja schon einiges über eure Aktivitäten erzählt, kannst du darauf noch ein wenig genauer eingehen?

Grundsätzlich arbeiten wir auf drei Schienen, die immer miteinander verknüpft sind. Es gibt zum ersten die AG Inhalte, die die Forderungen erarbeitet und weiterentwickelt. Die bringen wir dann im zweiten Schritt an die Öffentlichkeit, durch Aktionen im öffentlichen Raum, Demos, Radparaden und durch Medienarbeit.

Während das Lockdowns haben wir zum Beispiel einen Pop-up-Radweg am Joanneumring eröffnet, indem wir dort einen roten Teppich ausgerollt haben. Bei der Aktion »Adventbim« haben wir zwei Lastenräder als Straßenbahn »verkleidet« und weihnachtlich geschmückt und sind damit zum Griesplatz gefahren, um zu zeigen, dass es dorthin eine Straßenbahn braucht. Und in den letzten Wochen haben uns an den Aktionen der Fridays for Future beteiligt. Außerdem gibt es Informationsveranstaltungen wie Filmabende oder Podiumsdiskussionen – letzteres ist gerade pandemiebedingt nicht möglich – und Veröffentlichungen durch unsere eigenen Social Media sowie Presseaussendungen und – konferenzen.

Die dritte Schiene ist dann die Lobbyarbeit bei Politik und Verwaltung, die konkrete Zusammenarbeit mit diesen Stellen, um die Forderungen auch umzusetzen. Das Ziel ist immer, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Gerade in der Mobilitätspolitik haben Gemeinden viele Entscheidungskompetenzen, da ist viel möglich und damit können Gemeinden auch bei den Wähler*innen punkten.

Wie geht es jetzt weiter?

Jetzt geht es darum, dafür zu sorgen, dass diese Forderungen, hinter denen ja viele Menschen stehen, vermutlich noch viel mehr als die 12.000, die unterschrieben haben, auch präzisiert, weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Es geht ja nicht nur um Radverkehr, sondern zum Beispiel auch um die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs. Auch daran arbeiten wir wieder mit allen drei Schienen. Die AG Inhalt entwickelt konkrete Umsetzungsvorschläge, wir bringen sie an die Öffentlichkeit durch Aktionen und Medienarbeit und wir arbeiten auch mit den zuständigen Personen in der Stadt zusammen. Da haben wir etwa vor kurzem eine »Academy« organisiert, wo wir Menschen aus Politik, Verwaltung, Stadt- und Raumplanung – auch die neu angestellten Personen für die Entwicklung des Radverkehrs – mit Expert*innen zusammengebracht haben. Das war ein sehr guter Austausch auf Augenhöhe. Wir wollen ja nicht gegen die Verwaltung arbeiten, sondern die Kooperation suchen, dabei aber keine unnötigen Kompromisse eingehen und klar bei unseren Forderungen bleiben.

Welche Forderungen sind das genau?

Wir haben insgesamt zwölf Forderungen (siehe Kasten), die den Fußverkehr, den Radverkehr, den öffentlichen Verkehr und vor allem die Verkehrssituation insgesamt betreffen. Die zentrale Frage ist, wie kann man Menschen motivieren, auf andere Verkehrsmittel umzusteigen? Das bedeutet auch, den Raum und die Infrastruktur anders zu gestalten. Man weiß, dass Menschen pragmatisch agieren und das Verkehrsmittel verwenden, das am schnellsten und am flexibelsten ist. Wenn das das Auto ist, nehmen sie das Auto, ist es in der Stadt das Rad oder der öffentliche Verkehr, dann nehmen sie die. Es muss also dieses Verhältnis stimmen, und das stimmt in Graz nicht und darauf zielen alle unsere Maßnahmen ab. Man muss den Platz in der Stadt anders verteilen und dem Autoverkehr Platz wegnehmen.

Was sind eure nächsten Pläne?

Es gibt viel Motivation in unserem Netzwerk. Die Mobilitätsinitiativen profitieren von der Zusammenarbeit auch für ihre jeweils eigenen Anliegen und es sind auch noch viele motivierte Menschen dazu gekommen. In circa einem Jahr steht die Gemeinderatswahl an, da wird es dann spannend, was im nächsten Regierungsprogramm stehen wird. Wir werden darauf achten, dass möglichst viele unserer Forderungen dort hinein kommen.

Christian Kozina ist Hauptinitiator von MoVe IT, forscht und lehrt an der Universität Graz und engagiert sich zivilgesellschaftlich für nachhaltige Mobilität, zukunftsfähiges Wirtschaften und Bürgerinnenbeteiligung mit Schwerpunkt Graz.

Link: move-it-graz.at

Die zwölf Forderungen von MoVe IT

1. Sichere Schulwege für Kinder

Pro Jahr vor mindestens zehn Schulen Verkehrsberuhigung inkl. Errichtung direkter und sicherer Geh- und Radwege zu diesen Schulen

2. Kurze und direkte Fußwege

Pro Jahr mindestens 3 Mio. Euro für direkte und sichere Fußwege zu Nahversorgung und Haltestellen sowie den Ankauf von Flächen und Wegerechten

3. Große Fußgänger*innen-Zonen

Pro Jahr Ausweitung der Fußgänger*innen-Zonen um mindestens zehn Prozent rund um die Innenstadt sowie in allen Bezirkszentren, mit hoher Aufenthaltsqualität (Sitzgelegenheiten etc.)

4. Ein Radschnellwege-Netz

Pro Jahr Errichtung von mindestens 10 km durchgehender, breiter, baulich getrennter Radschnellwege entlang von / parallel zu allen Vorrangstraßen, mit Anbindungen für Radpendler*innen aus dem Umland

5. Genug Radabstellplätze

Pro Jahr mindestens 1.000 neue, sichere Radabstellplätze an Stellen mit hohem Bedarf (z.B. direkt vor Eingängen)

6. Genug Geld für den Radverkehr

Pro Jahr mindestens 10 Mio. Euro für den Radverkehr

7. Ein dichtes städtisches ÖV-Netz

Straßenbahn in alle Bezirke, hochwertige Umsteigeknoten, leistbare Ticketpreise, baulich getrennte Trassen, Tagestakt bis mindestens 20 Uhr, zu Randzeiten und am Wochenende mindestens alle 15 Minuten; jährliche Erhöhung der Beförderungskapazität um fünf Prozent

8. Ein dichtes ÖV-Netz ins Umland

S-Bahn und Regio-Bus im 15-Minuten-Takt vom Hauptbahnhof, im Stadtverkehr als schnelles ÖV-Netz (mehr Bahnhalte, abgestimmte Taktung, eigene Busspuren)

9. Sichere Kreuzungen

Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehr baulich und bei Ampelphasen konsequent priorisieren; pro Jahr mindestens fünf verkehrsreiche Kreuzungen für den Fuß- und Radverkehr sicher machen

10. Genug Personal für die Planung

Bis 2021 im Magistrat drei Mitarbeiter*innen nur für Rad- und zwei nur für Fußverkehrsplanung, die bei jedem Bauvorhaben von Beginn an einbezogen werden; klare Kompetenzteilung zwischen Stadt, Land, Verkehrsverbund und Verkehrsbetrieben

11. Begrünte Straßen und Plätze

Pro Jahr Pflanzung von mindestens 200 zusätzlichen Bäumen entlang von Straßen, Begrünung und Entsigelung von Plätzen und Haltestellen

12. Verkehrsberuhigte Wohngebiete

Pro Jahr Schließung von mind. zehn »Schleichwegen« für Kfz – stattdessen kindgerechte Wohnstraßen, Begegnungszonen, Grünflächen etc.

ANZEIGE

FORUMRECHT

4 Mal im Jahr • Recht • Kritik • Politik

Dem konservativ geprägten herrschenden Diskurs im juristischen Bereich setzen wir ein Zeitschriftenprojekt entgegen, in dem kritische Stimmen und Positionen zu Wort kommen, die in der gängigen rechtspolitischen Diskussion zu kurz kommen.

Probeabo
3 Ausgaben für nur 7,50€ ohne automatische Verlängerung

www.forum-recht-online.de
Twitter @ ForumRecht

SCHWERPUNKT VERKEHRSWENDE VON UNTEN



ZEHN JAHRE LASTENRADKOLLEKTIV WIEN

Spagat zwischen Freiwilligkeit und Professionalität

Erntete man im Jahr 2010 noch erstaunte Blicke, wenn man mit einem Lastenrad durch die Bezirke Wiens fuhr, wird man gut zehn Jahre später bestenfalls gefragt, von wem dieses oder jenes Rad hergestellt wurde. So sehr wurden Lastenräder in dieser kurzen Zeit ein nicht mehr wegzudenkender Teil des Wiener Stadtbilds..

KONRAD BERGHUBER, LASTENRADKOLLEKTIV WIEN

Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Entwicklung leistete das Lastenradkollektiv (kurz LRK), das seit bald elf Jahren Lastenräder und Anhänger gegen eine freie Spende verleiht. Gegründet von Aktivist*innen aus dem Umfeld des Tüwi, einem selbstverwalteten Veranstaltungsort mit Hofladen und Beisl an der Boku Wien, und erweitert um Menschen aus anderen radaffinen Zusammenhängen der Stadt, verfügt es heute über eine Flotte von 14 Lastenrädern und zwei Anhängern. Durch Kooperationen mit Fahrrad WUK, der ältesten Fahrradselbsthilfe Werkstatt Wiens und der Radlobby Wien können insgesamt 16 Lastenräder und fünf Anhänger über das LRK ausgeliehen werden.

Starkes Netzwerk sorgt für Infrastruktur

Das LRK betreibt eine alternative, nicht kommerzielle Infrastruktur für den Transport von Lasten und stellt diese anderen zur Verfügung. Damit will es die Notwendigkeit, ein Auto in der Stadt zu benutzen, auf ein Minimum reduzieren. Die Räder gehören einem Verein und werden von seinen Mitgliedern an ihren privaten Wohn- bzw. Arbeitsorten verliehen. Damit bleiben die Räder als Infrastruktur erhalten, auch wenn die Vereinsmitglieder wechseln. Fahrradmechaniker*innen, Selbsthilfewerkstätten und Mechaniker*innen-Kollektive gehören zum Netzwerk des LRK und sorgen dafür, dass die Räder stets gut gewartet sind. Ersatzteile und neue Lastenräder werden durch Spenden finanziert.

Der LRK Verein trifft sich in unregelmäßigen Abständen (ca. einmal alle zwei bis vier Monate) an wechselnden Orten zu einem Plenum. Dort werden alle wesentlichen Entscheidungen wie die Verteilung der Räder, die Anschaffung von neuen Rädern oder die Ausrichtung eines Vereinsfestes im Konsens getroffen. Entscheidungen, die den



▲ Mit dem »Truck«, einem Lastenfahrzeug, das von der Wiener Firma Maderna hergestellt wird, lässt sich sogar eine Tischplatte transportieren.

Foto: Lastenradkollektiv

Verleih der Räder betreffen, treffen ihre jeweiligen Hosts selbst. Zur Lösung kurzfristig auftretender Probleme muss eine interne Mailingliste oder eine Telefonkette erhalten.

Eigenverantwortung für Hosts

Der Ablauf des Verleihs selbst erfolgt durch ein Mail an uns, das über eine Liste alle Hosts erreicht und durch darauf folgende Telefonate. Dieser Ablauf mag in unseren schnellen Zeiten steinzeitlich klingen, gibt uns aber die Möglichkeit den Ausleihprozess an unsere verschiedenen Lebensrealitäten anzupassen und damit das LRK als nicht kommerzielle, selbstorganisierte Infrastruktur erst möglich zu machen. Im Hintergrund kümmern sich ein bis zwei Personen aus dem Verein um die Betreuung von Anfragen, die sich nicht an ein spezielles Lastenrad richten und die daher zu ihrer erfolgreichen Abwicklung eine aufwendigere Vorarbeit erfordern.

Bei dieser relativ losen und stark auf Eigenverantwortung setzenden Organisationsform bleiben natürlich auch Anfragen unbeantwortet. Entweder sind sie spontan oder der jeweilige Host schafft eine gerade nicht, seine Emails zu lesen. Es gilt also jedes Mal aufs Neue, den Spagat zwischen Frei-

willigkeit und Professionalität zu schaffen. Unbezahlt können wir nicht eng getaktet kurzfristige Anfragen erfüllen. Gleichzeitig führt sich das LRK ad absurdum, wenn die Menschen uns zwar nach Rädern fragen können, sie aber darauf keine Antwort geschweige denn ein Rad bekommen. In Vorpandemiezeiten wage ich zu behaupten, dass wir gut 90 Prozent der Anfragen erfolgreich abgewickelt haben. Im Jahr 2020 sind wir sicher unter diesen Wert gefallen. Herausfordernd ist es auch, neue, verlässliche Hosts zu finden, vor allem da die meisten von uns nicht mehr aus einem studentischen Milieu kommen, wo Zeit und Enthusiasmus reichlicher vorhanden zu sein scheinen.

Nicht nur in Wien

Mit der Idee, Lastenräder im Sinne eines Gemeinguts einer breiten Öffentlichkeit niederschwellig zugänglich zu machen, stand das Lastenradkollektiv zu Beginn der 2010er Jahre ziemlich alleine da. Das hat sich mittlerweile jedoch radikal geändert. Im Jahr 2011 wurde mit KOLARA in Leipzig ein erstes Schwesterprojekt gegründet. Zwei Jahre später entstand in Köln mit KASIMIR eine ähnliche Idee, der Legende nach ohne von LRK in Wien gewusst zu haben. Mittlerweile gibt

es in über 40 Städten in Österreich, Deutschland, Ungarn, der Slowakei und Kroatien Initiativen freier Lastenräder. Viele davon sind im Forum Freier Lastenräder vernetzt. Auch in Wien bekam LRK Gesellschaft. Seit 2016 betreibt die Stadt Wien einen eigenen kostenlosen Lastenradverleih, der eine starke Gewichtung auf den Transport von Kindern in Lastenrädern legt. Daneben kann man von lokalen Agenda-21-Gruppen oder Studierendenvertretungen Lastenräder gratis oder für eine geringe Gebühr ausleihen.

Das LRK ist in dieser städtischen Vielfalt für all jene da, die große und schwere Lasten zu transportieren haben. Wir haben seit langem aufgehört zu zählen, wie viele Wohnungen oder Zimmer mit unseren Rädern übersiedelt wurden. Unsere Räder sind daneben bei Klimacamps, Grillpartys, Critical Mass Fahrten, Wochenendeinkäufen, Pride Umzügen, Ausflügen, Baumarkttouren, als Soundmobil, bei Fahrradkonferenzen, als Bühne für mobile Bands u. v. m. im Einsatz. Wir verwenden bis dato keine Elektromotoren und verlassen uns auf Modelle mit Stahlrahmen, die wir im Falle einer Beschädigung selbst schweißen können.

Link: lastenradkollektiv.at

ANZEIGEN

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

**Kritisch.
Solidarisch.
Unabhängig.**

Probeabo
3 Ausgaben für 10 €

**LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN**

www.lateinamerika-nachrichten.de

KLIMAFREUNDLICHE MOBILITÄT DURCH GEMEINSAME WOHNFORMEN

Carsharing in Wohnprojekten

Die Initiative »Gemeinsam Bauen & Wohnen« führt im Auftrag der österreichischen Energieagentur im Rahmen der Klimaschutzinitiative »Klimaaktiv mobil« eine Studie zu »Shared Mobility in gemeinschaftlichen Wohnprojekten« durch. Am 9. März wurden im Rahmen eines Online-Workshops erste Ergebnisse vorgestellt.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Die Plattform Gemeinsam Bauen & Wohnen fungiert als Informationsdrehscheibe und Interessensvertretung für Baugemeinschaften und gemeinschaftliche Wohnprojekte in Österreich. Ihr Ziel ist es, die Schaffung rechtlicher, organisatorischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu erreichen, die es Menschen erleichtert, selbstbestimmte, gemeinschaftliche Wohnbauprojekte zu initiieren und umzusetzen. Anlass für die Studie zu Shared Mobility war die Annahme, dass gemeinschaftliche Wohnformen auch zu klimafreundlicher Mobilität beitragen. Eine Befragung in 16 österreichischen Wohnprojekten im städtischen und ländlichen Umfeld zeigte, dass formales und informelles Carsharing in fast allen Wohnprojekten praktiziert wird. In allen ist der Motorisierungsgrad geringer als im Durchschnitt der jeweiligen Region. Vor allem in den Wiener Projekten fällt der grundsätzlich geringe Autobesitz auf, auf zehn bis zwölf Bewohner*innen kommt ein Auto. Carsharing ist jedoch besonders in ländlichen Projekten stark ausgeprägt, weil dort der öffentliche Verkehr schlechter ausgebaut ist.

Mobility Sharing, auch das hat sich gezeigt, geht in Wohnprojekten weit über Carsharing

hinaus. Auch Lastenfahräder, Kinderfahrzeuge und Equipment wie Kindersitze, Dachträger, Fahrradträger, Trolleys oder Pollerwägen werden gemeinsam genutzt.

Verschiedene Organisationsformen

Was das Carsharing betrifft, so gibt es verschiedene Organisationsformen. Zwei der befragten Wohnprojekte beteiligen sich an externen Carsharing-Angeboten, die anderen betreiben Carsharing selbstverwaltet innerhalb der Projekte und zwar entweder formell oder informell, was meist billiger ist als externe Angebote. Formell bedeutet das, dass es ein oder mehrere Autos gibt, die dem Trägerverein oder einer Nutzergemeinschaft gehören und von allen genutzt werden können. Reservierungen erfolgen analog über Listen oder über digitale Plattformen. Die Autos werden vom Verein vorfinanziert und die Kosten kommen über Nutzungsbeiträge wieder herein, sodass nur diejenigen bezahlen, die das Auto auch nutzen. In manchen Projekten wird nach Kilometern abgerechnet, in anderen nach Zeit. Bei informeller Nutzung besitzen einzelne Bewohner*innen Autos und überlassen sie bei Bedarf anderen Mitgliedern des Wohnprojekts. In dem Fall sind individuelle Absprachen für die Autobenutzung notwendig, was oft als mühsam empfunden wird.

Beim Workshop ging es vor allem um den Erfahrungsaustausch zwischen Projekten, die bereits Erfahrungen mit Mobility Sharing haben und solchen, die erst am Anfang stehen. Es wurden Nutzungsverträge und Reservierungsmodalitäten vorgestellt. Eine Besonderheit in Wien

ist, dass es von der Stadt einen hilfreichen Leitfaden für Projektträger und auch Wohnprojekte gibt, wie die Idee der Shared Mobility bereits von der Planung an mitgedacht werden kann.

Erfolgsfaktoren

Befragungen und Erfahrungsaustausch ergaben, dass es von verschiedenen Faktoren abhängt, wie gut Carsharing in Wohnprojekten funktioniert. So ist es von entscheidender Bedeutung, das Thema Mobilität von Anfang an mitzuzukonzipieren. In der täglichen Praxis sind ein niederschwelliger Zugang und einfache und transparente Verrechnungs- und Buchungssysteme wichtig, was am besten durch digitale Buchungs- und Abrechnungsmöglichkeiten erfüllt wird. Eine Voraussetzung für Carsharing ist, dass es möglichst wenig Gleichzeitigkeiten der Benutzer*innen für den Autobedarf gibt.

Ein weiteres wesentliches Kriterium ist, dass es eine Person gibt, die sich um das Auto kümmert, den sogenannten »Buddy«. Diese Person ist die Ansprechperson für alle Belange, die das Auto betreffen, sorgt dafür, dass es sauber und vollgetankt zurückgegeben wird und betreut auch die Buchungs- und Abrechnungsplattform. In einem der befragten Projekte ist eine eigene Mobilitäts-AG für diese Arbeit zuständig. Die Studie zeigt klar: gemeinsames Wohnen führt auch zu klimafreundlicherer Mobilität. Eine Publikation als Handreichung für Wohnprojekte soll folgen.

Links:

Initiative Gemeinsam Bauen & Wohnen: inigbw.org
Leitfaden der Stadt Wien: <https://bit.ly/3segIN9>

WIDERSTAND GEGEN DAS MERCOSUR-ABKOMMEN

Irrweg in die (Klima-)Krise

Zum globalen Klimastreiktag am 19. März veröffentlichte Poema einen aktuellen Aufruf, der sich gegen die beängstigende Abholzung des Regenwaldes wendet. Die kleine Stuttgarter NGO hält Kontakt zu Dorfgemeinschaften in Amazonien und unterstützt Projekte, die die Zukunftschancen der indigenen Bevölkerung verbessern. Wir veröffentlichten Auszüge aus ihrem Aufruf, der auch den Bezug zum zerstörerischen Handelsabkommen Mercosur zwischen der EU und vier südamerikanischen Ländern herstellt.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Rund zwei Drittel des ursprünglichen tropischen Regenwaldes sind einer Studie zufolge von Menschen zerstört oder zumindest ausgedünnt worden. Damit verschlechtern sich die Aussichten im Kampf gegen den Klimawandel, wie eine zum globalen Klimastreiktag am 19. März vorgelegte Untersuchung der gemeinnützigen Organisation Rainforest Foundation Norway ergab.

Je mehr Regenwald vernichtet werde, desto schwerer werde das Überleben der bestehenden Wälder, sagte Studienautor Anders Krogh: »Es ist ein beängstigender Kreislauf.« Der Regenwald sei ein wichtiger Kohlenstoffspeicher und stabilisiert damit das Klima auf der Erde. Kroghs Erkenntnissen zufolge entsprechen die Einbußen in den Jahren 2002 bis 2019 einer Fläche, die größer als Frankreich ist.

Am stärksten zeigt sich laut der Studie die Entwicklung im Amazonas-Gebiet in Südamerika. Auf diese Region samt Grenzgebieten entfällt mehr als die Hälfte der weltweiten Regenwaldzerstörung seit 2002. Hier trug vor allem der Ausbau von Landwirtschaft und Bergbau zur Abholzung bei. Deutlich verschärft hatte sich der Trend zuletzt unter der Ägide des ultrarechten brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro.

Der Untersuchung zufolge wurden bisher 34 Prozent der Altbestände an tropischen Regenwäldern vernichtet. Weitere 30 Prozent wurden ausgedünnt. Das bedeutet, sie wurden entweder in Teilen abgeholzt oder ganz zerstört und dann wieder aufgeforstet. Die ausgedünnten oder komplett neuen Wälder aber können leichter Opfer von Bränden werden als die alten, wie Krogh ausführte.



▲ Hilfe zur Selbsthilfe: Lokale Wiederaufforstung des Regenwaldes bei Santarem (Brasilien) mit Acai-Palmen, deren Beerensaft in einer neu entstehenden Presse verarbeitet und in der Stadt zum besseren Preis verkauft werden kann. Foto: Poema (www.poema-deutschland.de)

» Vom Organismus Erde getrennt «

Der brasilianische Schriftsteller und indigene Führer Ailton Krenak sagt dazu: »Wir erleben das Fieber des Planeten. Ein bedeutender Teil der Menschheit erkennt dies nicht – oder leugnet es. Der Anstieg der Temperatur des Planeten ist eine Reaktion und zeigt, dass der Erdorganismus auf die räuberischen und zerstörerischen Handlungen der Menschen reagiert. Wir aber sind so auf uns selbst konzentriert, dass wir diese Lücke nicht hören können. Wir sind vom Erdkörper abgehoben. Wir hatten eine Scheidung und glaubten, dass wir alleine leben könnten. Mit einer Bedingung: Ausbeuten, dominieren, alles erforschen, was von diesem lebenden Organismus Erde kommt. Wir sind von diesem uns schützenden Organismus getrennt und wollen ihn gewaltsam beherrschen.«

Mercosur verschärft die Zerstörung

In ihrem Aufruf stellt Poema eindringlich den Zusammenhang zwischen der Abholzung und Brandrodung des Regenwaldes und dem geplanten Mercosur-Abkommen her: »Und so geht diese Zerstörung weiter. Nirgends besser zu beobachten als an dem Verschwinden der Regenwälder. Wir zerstören diesen Organismus, um uns mit Rindfleisch, Soja, Palmöl und vielem mehr einzudecken. Würden wir rücksichtsvoll mit unserer Mitwelt umgehen, müssten wir unseren Import von Fleisch, Soja und Palmöl mindestens halbieren – oder besser noch ganz einstellen.«

Mit dem Mercosur-Handelsabkommen wollen wir noch mehr Rindfleisch in die EU holen, wohl wissend, dass wir heute schon zu viel Fleisch produzieren und es nach Afrika und sonst wohin exportieren. Wir holen

tonnenweise Soja aus Südamerika, um unsere Tiere zu mästen. Die Regenwälder verschwinden. Sie sind Hindernis für unseren Wohlstand. Die Welt schaut »empört« zu. Doch es geht immer weiter. Welch ein Irrsinn! Die Indigenen am Amazonas und in den Anden reden vom guten Leben für alle und alles (das so genannte buen vivir), während wir dabei sind, den lebenden Organismus Erde an den Rand zu bringen.«

Widerstand gegen das Abkommen

Nicht nur Poema sondern auch viele andere Organisationen kritisieren das geplante Abkommen und auch dessen aktuell diskutierte Zusatzvereinbarung, wie die Stellungnahme von Greenpeace Österreich zeigt: Der Handelspakt EU-Mercosur könne nicht repariert werden, weil er im Kern umwelt- und klimaschädlich sei.

Durch das Abkommen sollen immer mehr Agrarprodukte aus dem Mercosur-Raum nach Europa exportiert werden. Dadurch werde nur noch mehr wertvoller Regenwald zerstört und unser Weltklima unwiederbringlich geschädigt, sagte Natalie Lehner, Landwirtschaftsexpertin bei Greenpeace: »Im Gegenzug sinken die Zölle für Autos und Autoteile und der Export von hochgefährlichen Pestiziden und Antibiotika für die Fleischproduktion nach Südamerika wird angekurbelt.« Eine zahnlose Zusatzvereinbarung zum Abkommen werde daran nichts ändern. Es sei laut Lehner ein plumper Versuch, Gegner des Abkommens doch noch umzustimmen. Am Veto Österreichs gegen das Abkommen werde sich wohl nichts ändern.

POEMA

Armut und Umwelt in Amazonien, brasilianisch abgekürzt »POEMA«, ist eine kleine NGO mit Sitz in Stuttgart. Sie hat das Ziel, dass Menschen am Amazonas sowie die Wälder, in denen sie leben, eine Zukunftschance haben, denn: »Der Regenwaldschutz hat globale Bedeutung.« Neben Öffentlichkeitsarbeit pflegt POEMA e.V. persönliche Kontakte nach Amazonien und unterstützt lokale Projekte wie Patenschaften für solar betriebene Trinkwasserbrunnen, Basiskurse zur Gesundheitsversorgung und die Wiederaufforstung des Regenwaldes.

www.poema-deutschland.de

PowerShift

Die deutsche NGO »PowerShift« setzt sich für eine ökologisch und sozial gerechte Weltwirtschaft ein – vor allem im Bereich Handels-, Rohstoff- und Klimapolitik. Zum geplanten Handelsabkommen Mercosur ist ein anschaulicher Reiseführer erschienen, der zu Reisezielen von europäischen Produkten führt, die Industrien in Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay zerstören und das Klima weiter anheizen: »EU-Mercosur: Voran in die (Klima-)Krise«.

<https://power-shift.de>

FORTSETZUNG DES BEITRAGS VON SEITE 1

Zum Jahreswechsel hat sich die Aktionsgruppe »Keine A 44 – Verkehrswende JETZT!« gegründet. Bisher hat sie drei Fahrrad-Demos mit bis zu 500 Beteiligten, Waldspaziergänge, zwei Spaziergänge durch die Losse-Wiesen und einige Informationsstände organisiert. Regelmäßige Infos erscheinen im regionalen Vereinsblättchen, der »Kaufunger Woche«. Und ab jetzt gilt es vor allem, Einwendungen zu schreiben.

Weitere Veranstaltungen sind geplant. Unter dem Motto: »A 44 verhindern – Verkehrswende gestalten! – Kaufungen auf dem Weg zur Klimaneutralität« werden Referent*innen eingeladen, um gemeinsam zu überlegen, wie der geplante Autobahn-Neubau verhindert werden kann. Jetzt in der Offenlegungs-Phase ist das entscheidende Zeitfenster.

In Zeiten des Klimawandels, der schneller fortschreitet als angenommen und auch hier schon Auswirkungen zeigt, ist es wahnhaft, noch mehr Flächen zu versiegeln und noch mehr CO₂ produzierenden Verkehr zu fördern. Stattdessen braucht es intelli-

gente Verkehrskonzepte und eine gute regionale Versorgungsstruktur, damit natürliche Lebensräume und eine gute Lebensqualität für alle bewahrt und gefördert wird.

Verbündete und Perspektiven

In Kaufungen gibt es bereits den Verein »Spurwechsel«, der diese Konzepte voranbringt. Bisher wurden im Dorfgebiet 13 Mitfahrbänke aufgestellt, die den Verkehr innerorts verringern sollen. Ein Carsharing-Projekt wurde begonnen und soll ausgeweitet werden. Die nächste Idee ist die Anschaffung von 15 verschiedenen Lastenrädern im Ort, die sich jede*r ausleihen kann. Auch das soll zu neuen Mobilitätskonzepten führen, die den fossilbetriebenen Individualverkehr langfristig ablösen sollen.

Dafür arbeitet »Keine A 44« mit immer mehr Verbündeten zusammen. Die örtlichen Landwirt*innen denken über eine Treckerdemo nach, um öffentlichkeitswirksam ihre Einwendungen gegen Flächenversiegelung und Höfesterben im Lossetal zu übergeben.

Die »Parents for future« in Kassel arbeiten an einer Baumaktion in der Zeit der Offenlegung. »Extinction Rebellion« plant eine Soliaktion. Die Gruppe »Klimagerechtigkeit Kassel« und die Fahrradgruppen rufen zu Fahrrademos und Beteiligung an den Aktionen gegen die A 44 auf. Eine erste Mahnwache ist im Aufbau, um vielleicht später – wenn nötig – eine Besiedlung der Trasse zu organisieren.

Es braucht einen langen Atem

Rund ein Jahr nach der Offenlegung der Pläne wird es eine öffentliche Anhörung geben, wo alle Menschen ihre Einwände mündlich ausführen können. Nach der Anhörung werden die Einwände in den Planfeststellungsbeschluss eingearbeitet. Nach dessen Veröffentlichung – in rund zwei Jahren – kann dagegen vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig geklagt werden. Dies haben die Gemeinde Kaufungen (Einschränkungen beim Trinkwasser) und der BUND (ökologische Gründe) schon durchblicken lassen. Diese Klage

wird dann wieder ein bis zwei Jahre dauern.

Derzeit gibt es auch immer mehr Klimaklagen auf europäischer Ebene. Diese Klagen sind beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof anhängig und werden sogar bevorzugt behandelt. Wer weiß, vielleicht wird auch mal eine Klage gegen die katastrophale deutsche Verkehrspolitik dort eingereicht werden. Auf jeden Fall wird es kein Baurecht in den nächsten vier Jahren geben. Wenn es soweit ist, macht eine Besiedlung der Trasse mehr Sinn als heute.

Sehr viele Einwendungen gegen die A 44 im Lossetal wären ein klares Zeichen an die Politik. Einwendungen sind ein sehr niederschwelliges und einfaches Verfahren. Es fallen keine Kosten an.

Alle, die sich betroffen fühlen, können einen Einwand schreiben. Die persönliche Betroffenheit, zum Beispiel die Zerstörung eines Waldgebietes in Zeiten des Klimawandels, muss im Einwand dargestellt werden.

Alle Infos dazu: www.keineA44.de

ANZEIGE

PROKLA

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SoZIALWISSENSCHAFT Seit 1971

Schwerpunkthemen

- Nr. 199: Politische Ökonomie des Eigentums (2/2020)
- Nr. 200: Probleme des Klassenkampfes – heute
- Nr. 201: Die Politische Ökonomie des Krieges (4/2020)
- Nr. 202: Green New Deal!? Wie rot ist das neue Grün? (1/2021)
- Nr. 203: Die USA vor, mit und nach Trump (2/2021)

Einzelheft: ca. 176 S., 15,- [D] / 15,40 [A]

Probeheft anfordern!
www.bertz-fischer.de/prokla

BERTZ + FISCHER

Die Kultur braucht mehr als Maßnahmen

Seit Anfang der Gesundheitskrise ist die Kulturbranche mit mannigfaltigen Unsicherheiten und Beschränkungen konfrontiert. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie greifen stark in die Produktion und in den Konsum kultureller Tätigkeiten ein; gleichzeitig betreffen sie Kunst- und Kulturproduzent*innen asymmetrisch, vertieften damit die bereits bestehenden Ungleichheiten unter ihnen und bedrohen dadurch den Erhalt der vielfältigen Kulturlandschaft.

LIDIJA KRIENZER-RADOJEVIC,
IG KULTUR STEIERMARK

Die existentielle Not der Kulturbranche steht in einem augenfälligen Gegensatz zu der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung des Kultursektors. Um nachhaltige kulturpolitische Ansätze herbeizuführen – sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich der Art und Weise – soll zuerst geklärt werden, welche Tätigkeiten in diesen Bereich fallen und welche sozioökonomische Bedeutung ihnen zukommt. Dadurch wird deutlich, wieso wir dringend nicht nur rasche und effektive Anti-Krisenmaßnahmen sondern auch solide, krisenfestere Sicherungssysteme im Kulturbereich brauchen.

Das soziale Feld der Kultur umfasst diverse Interessengebiete. Kunst- und Kulturschaffende bestimmen das kulturelle Alltagsangebot, schaffen sozialen Zusammenhalt und Wohlbefinden, sichern landesweit die kulturelle Vielfalt und ermöglichen kulturelle Teilhabe. Für gewöhnlich denkt man bei Kulturarbeit in erster Linie an künstlerisches Schaffen. Doch Kulturarbeit ist zum Teil auch Bildungsarbeit. Darunter fällt etwa die professionelle Ausbildung für kreative Berufe oder die Kulturarbeit für und mit Laien (Akademien, Kulturvereine, etc.). Kulturinitiativen und -institutionen sind regionale oder lokale Kulturvermittler, die niederschwellig einen Raum für die Rezeption von und die Partizipation an Kunst und Kultur anbieten. Als Veranstalter



Grafik: IG Kultur Steiermark

sind sie unverzichtbar. Ihre Stärken liegen in der Unterstützung kultureller Anliegen vor Ort durch die Bereitstellung von Ressourcen (Proberäume, Produktionsstätten, etc.) und leisten einen wichtigen Beitrag zu lebenswerten Verhältnissen in einer Stadt oder einer Region.

Soziale Einbindung von Randgruppen

Gleichzeitig übernimmt die Kulturarbeit auch wichtige Sozialisierungsfunktionen, mit denen versucht wird, verschiedene Randgruppen, wie zum Beispiel Senioren, Jugend, Kinder aus sozial benachteiligten Familien, ökonomisch benachteiligte Gruppen, ethnische Minderheiten oder dauerhaft hospitalisierte Personen, an der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Durch die Möglichkeit zur Partizipation

bieten sie ihrem Publikum weit mehr als nur passiven Kulturgenuss. Kulturelle Teilhabe und soziale Einbindung, Emotionen und Empathie, gefühlte und gelebte Menschlichkeit bilden ein Gegengewicht zur durch Wettbewerb und Individualismus fragmentierten Gesellschaft und fördern und stärken die demokratischen Prozesse, die durch die gegenwärtige Krise noch zusätzlich gefährdet sind.

Da auch die wirtschaftliche Bedeutung des kulturellen Feldes stetig wächst, wurde die Kulturarbeit in den letzten Jahrzehnten zu einem nicht mehr zu übersehenden Entwicklungsfaktor. Egal, ob wir über städtische oder ländliche Regenerationsprozesse, über die Schaffung neuer Arbeitsplätze oder über wirtschaftliches Wachstum reden, Kultur spielt in all diesen Bereichen eine sichtbare Rolle. Laut WIFO (Österreichisches

Institut für Wirtschaftsforschung) wird die ökonomische Bedeutung der Kulturwirtschaft in der österreichischen Volkswirtschaft insgesamt auf etwas unter drei Prozent bemessen. Auch die Zahlen der Erwerbstätigen werfen ein Schlaglicht auf die Relevanz des Kulturbereichs. Doch die Beschäftigungsverhältnisse in diesem Bereich stellen seit Jahren einen politischen Konflikt dar. Während in der Gesamtwirtschaft rund zehn Prozent der Akteure als Selbstständige tätig sind, sind es im Kulturbereich fast dreimal so viele. Das Hauptproblem der Arbeitsplätze im Kulturbereich, insbesondere bei Selbstständigen, ist die Auflösung von Grenzen zwischen Erwerbsarbeit und Privatleben, die fehlende soziale Absicherung und geringer Einkommenssicherheit, mit denen Betroffene ihre Existenz nicht bestreiten können.

Kulturelle Infrastrukturen könnten zerbrechen

Die Maßnahmen gegen das Corona-Virus trafen den Kulturbereich hart: Veranstaltungen konnten nicht stattfinden, Projekte verzögerten sich, Einnahmen fielen aus, bei gleichzeitig gleichbleibenden Fixkosten. Die soziale Lage von und die Arbeitsbedingungen für das kulturelle Prekariat ist noch prekärer geworden. Die ungleiche finanzielle Situation zwischen Stadt und Land gefährdet die kulturelle Nahversorgung und die kulturelle Vielfalt. Es besteht die Gefahr, dass bestehende kulturelle Infrastrukturen zerbrechen werden. Das ist sehr alarmierend und fordert politisches Handeln, um das bunte Kulturleben im Land mittels finanzieller und infrastruktureller Unterstützungen zu erhalten. Dafür sprechen nicht nur wirtschaftliche Argumente, sondern auch die gesellschaftliche Bedeutung der Kultur.

Kulturinitiativen tragen eine soziale Verantwortung und haben einen emanzipatorischen Anspruch: Sie schaffen einen inklusiven sozialen Raum und tragen so zur Community-Bildung bei. So wird ein solidarisches Zusammenarbeiten anstatt Ausgrenzung und Isolation gefördert. Dieser Arbeit wird gerade nach Corona eine große Bedeutung zukommen, um das gesellschaftliche Miteinander zu stärken, da sich viele durch das politische Krisenmanagement von politischen Entscheidungen ausgeschlossen fühlen. Natürlich brauchen solch engagierte und wichtige Projekte aber auch genügend finanzielle Mittel und eine stabile Infrastruktur: Hier ist die Politik gefragt.

Die IG Kultur ist ein bundesweiter Dachverband und die Interessenvertretung von mehr als 800 autonomen Kulturinitiativen in Österreich.

Lidija Krienzler-Radojevic ist Kulturanthropologin und Geschäftsführerin der IG Kultur Steiermark.

Link:
www.igkultur.at

GUTES AUF DIE OHREN - PODCAST-EMPFEHLUNGEN



Podcasts sind divers, Podcasts sind persönlich, Podcasts sind unabhängig, Podcasts machen sichtbar. Ohne an monetarisierte Plattformen gebunden zu sein, ohne redaktionellen Rahmen, ohne Einmischung von außen: Ein Podcast kann politische Theorie erklären, marginalisierte Lebenserfahrungen beschreiben, Diskriminierung anprangern und kritische wie konstruktive Lösungsansätze aufzeigen. Alle zwei Monate stellen wir euch hier einen hörensweisen Podcast vor – natürlich links, natürlich kritisch.

Es gibt viele Wege, Podcasts zu hören. Apple steigt bereits 2005 als einer der immer noch größten Player in die Podcast-Distribution ein, der Streaming-Riese Spotify zieht 2016 verhältnismäßig spät nach. Die App öffnen, die vermutlich schon auf dem eigenen Endgerät installiert ist, Podcast und Folge aussuchen und es kann losgehen. Was vermutlich viele Hörer*innen nicht mehr wissen: Podcasts sind in ihrem eigentlichen Sinne inhaltlich und technisch eine ziemlich subversive Sache. Sie sind spezialisiert, persönlich, einfach zu produzieren und zu vertreiben, kostenlos und vor allem plattformungebunden.

Technisch gesehen ist ein Podcast eine Reihe von Audio-Dateien, die über einen Server zum Download bereitgestellt werden. Mit Hilfe eines RSS-Feeds können Hörer*innen Podcasts abonnieren und werden automatisch über neue Folgen informiert, ohne die jeweilige Website zu besuchen. Das klingt in Zeiten von News-Feeds, automatischen Benachrichtigungen und automatisch zusammengestellten Musik-Playlists erstmal banal – ist

es aber nicht. Ein Podcast-Player, wie zum Beispiel Pocket Casts, ist im Grunde nur ein Inhaltsverzeichnis abonniertes RSS-Feeds. Die eigentlichen Podcast-Folgen und die zugehörigen Metadaten, wie Titel und Shownotes, unterliegen ausschließlich der Kontrolle der Podcaster*innen. Damit sind Inhalt und Gestaltung unabhängig und nicht auf eine bestimmte Plattform angewiesen, es gibt keinen redaktionellen Rahmen und keine festgelegte Zielgruppe. Um einen Podcast zu hören, müssen User*innen nicht auf einer bestimmten Website bleiben (wie zum Beispiel bei Youtube), keinen werbefinanzierten Radiosender einschalten und keinen zahlungspflichtigen Streaming-Dienst abonnieren. Stattdessen: RSS-Feed einrichten, Folge herunterladen und loshören. Nachdem die Verbreitung des Kommunikationsmediums Sprache viele Jahrzehnte lang an Radio und Fernsehen gebunden war, wird mit dem Podcast Anfang der 2000er eine neue, wilde, niedrigschwellige Möglichkeit geboren, der eigenen Stimme Gehör zu verschaffen.

Die Motivationen von Podcaster*innen, die Formate und Inhalte von Podcasts lassen sich schwer verallgemeinern. Ein Podcast kann sich um ein Thema (aktuelle Nachrichten) drehen, das Gespräch mit einer Expertin in den Mittelpunkt stellen oder einem bestimmten Format (das informelle Küchentischgespräch zwischen Freunden ohne Zeitlimit) folgen. Es gibt für jedes Interesse und jedes Thema einen Podcast, sei es die Kritik herrschender Geschlechterverhältnisse (Alles für Alle), der Versuch die philosophische Ideengeschichte lückenlos zusammenzutragen (The History Of Philosophy) oder Expert*innengespräche über Hundeerziehung (Canis).

In den letzten zwei Jahren haben sich in der deutschsprachigen Podcast-Szene unter anderem immer mehr Podcasts etabliert, in denen Menschen persönliche Diskriminierungserfahrungen teilen, einen Safe-Space für die eigene Community schaffen und das Sprechen über die eigene Lebenswirklichkeit ein Stück weit als mediale Form des Aktivismus

begreifen. Podcasts wie »Two Blacks and a Jew« oder »Rice and Shine« haben dabei nicht primär einen Erziehungsanspruch an ahnungslose (weiße) Mehrheiten, sondern tragen mit ihrer nicht-apologetischen Schilderung von Lebenserfahrungen jenseits aller Schubladen zur Sichtbarmachung marginalisierter Perspektiven bei.

Neben Podcaster*innen, deren Podcasts hauptsächlich aus einem privaten Raum heraus entstehen, produzieren mittlerweile vermehrt politische und gesellschaftliche Initiativen und Vereine Inhalte, die einen Einblick in ihre Ziele und Arbeitsweisen bieten. Auch große Medienhäuser wie die Zeit, der Spiegel und die Süddeutsche Zeitung haben das Podcast-Format als Möglichkeit zur Ausweitung des eigenen Medienangebots längst entdeckt. Ihre Shows sind in der Regel professionell produziert und redaktionell glattgebügelt. Sie liefern so zwar qualitativ hochwertige Inhalte, haben aber mit dem klassischen Format des Podcasts nicht mehr viel zu tun.

Helene Jüttner

HÄUSERKAMPF IN FRANKFURT/MAIN 1970-72



Im September 1970 besetzten migrantische Familien und Studierende erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik ein Haus in Frankfurt am Main, um darin zu wohnen und erklärten diese Hausbesetzung zur politischen Aktion. Sie wurde zum Auslöser für eine Welle von Hausbesetzungen und Mietstreiks nicht nur im Stadtteil Westend, die bis 1974 andauerte und im sogenannten Frankfurter Häuserkampf kulminierte. Das Besondere dabei: Arbeitsmigrant*innen, Studierende und politische Gruppierungen aus der radikalen Linken, nicht nur der Bundesrepublik, sondern auch aus den Herkunftsländern der Arbeitsmigrant*innen fanden in diesem Kampfzyklus – durchaus konfliktbehaftet – zusammen.

50 Jahre danach konnte die erste Ausstellung über den Frankfurter Häuserkampf eröffnet werden. Im September und Oktober 2020 wurde im Studierendenhaus an der Frankfurter Universität die Schau »Dieses Haus ist besetzt! Frankfurter Häuserkampf 1970-1974«, zusammengestellt von einem Team des Frankfurter Archivs der Revolte, gezeigt. Der nun vorliegende Ausstellungskatalog dokumentiert die wandzeitungsartige Zeitreise durch den Gang der urbanen Kämpfe der frühen 1970er Jahre mit Texten, zeitgenössischen Fotografien, Abbildungen von Flugblättern, Plakaten und anderen Dokumenten aus der Ausstellung. Zahlreiche Fotografien von Jens Gerber vermitteln einen Eindruck von Aufbau und Gestaltung der Präsentation, Michaela Filla-Raquin erläutert zudem deren künstlerischen Aspekte.

Interessant machen die Publikation darüber hinaus die weiterführenden Beiträge: Rolf Engelke gibt einen ereignisgeschichtlichen Überblick über die Jahre 1970 bis 1974. Es wird deutlich, dass in Frankfurt am Main sowohl die städtebauliche Entwicklung zur »Global City« weit früher schon als anderswo in der Bundesrepublik unter der Ägide der Sozialdemokratie vorangetrieben wurde. Zudem steht der Häuserkampf für einen zentralen Wendepunkt in der Entwicklung der bundesdeutschen radikalen Linken nach 1968.

Freia Anders sorgt mit ihrer kommentierten Bibliografie zur historiografischen Auseinandersetzung mit Hausbesetzungen für die internationale Einbindung sowie die Kontextualisierung mit aktuellen Auseinandersetzungen. Schließlich macht der Tagungsband auch eine Analyse des Häuserkampfs von Richard Herding aus dem Jahr 2000 wieder zugänglich.

Somit ist der Ausstellungskatalog ein wichtiger Baustein in der Erforschung der noch lange nicht erschöpfend behandelten 1970er Jahre.

Gottfried Oy

Frankfurter Archiv der Revolte e.V., Offenes Haus der Kulturen e.V., Institut für Selbstorganisation e.V. (Hg.): *Dieses Haus ist besetzt! Frankfurter Häuserkampf 1970-1974*, Selbstverlag Institut für Selbstorganisation e.V., Frankfurt am Main 2020, 122 Seiten, Großformat mit zahlreichen farbigen Abbildungen, 16 Euro

Foto: Frankfurter Archiv der Revolte, Link: www.archiv-der-revolte.de

PERSPEKTIVEN FÜR GESELLSCHAFTLICHEN WANDEL



Nein, mit Kleinigkeiten gibt sich der Autor wahrlich nicht zufrieden: Mit seinem Buch will Fabian Scheidler »eine Bresche in die Wand unseres eingebildeten Wissens schlagen«, damit wir »die Welt und uns selbst wieder mit dem staunenden Blick betrachten, den Kindern oft eigen ist«. Scheidler hat jedoch kein Kinderbuch geschrieben, sondern eine faszinierende Reise durch die Geschichte der Wissenschaft. Insbesondere beleuchtet er die Entstehung des technokratischen Weltbildes der letzten 400 Jahre, das die Natur zu einer beherrschbaren Ressource in der Hand des Menschen degradierte.

Bereits in seinem bekannten Werk vom »Ende der Megamaschine« schaffte es der Autor, seine Kritik an komplexen gesellschaftlichen Zusammenhängen anschaulich und verständlich lesbar zu machen. Ökologische Krisen und Klimachaos seien Ausdruck einer scheiternden Zivilisation. Mit berechenbaren, maschinenartigen Technologien hätten zwar kapitalistische Gesellschaften digitale Hochleistungsprodukte entwickelt, eine weltweit gerechte Verteilung von Grundnahrungsmitteln würden sie aber gleichzeitig nicht schaffen.

In seinem aktuellen Buch verlegt Scheidler nun seinen Fokus auf den Menschen, ohne jedoch die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge außer Acht zu lassen: Mit »Der Stoff, aus dem wir sind« zeigt der Autor, dass die Wissenschaften im Verlauf des letzten Jahrhunderts eine Entwicklung genommen haben, die wenig mit Exzessen wie gentechnisch hergestellten Impfstoffen und digitalen Phantasien aus dem Silicon Valley zu tun habe. Denn von der Quantenphysik über die moderne Biologie bis zur Bewusstseinsforschung hätten sie »eine Welt zutage gefördert, die auf Verbundenheit, Selbstorganisation, Empathie und Kreativität« beruhe.

Das Buch ist systematisch in zwei Teile mit jeweils drei Kapiteln gegliedert. Im ersten Teil mit den Abschnitten »Stoff«, »Leben« sowie »Evolution und Kreativität« liegt der Schwerpunkt auf den Errungenschaften verschiedener Wissenschaftszweige. Fundiert argumentierend fragt Scheidler, warum wir »das Leben auf der Erde nach dem Modell einer großen Maschine organisieren«, obwohl längst klar sei, dass dies tödliche Folgen haben werde. Im zweiten Teil des Buches geht es um Verbundenheit, um ganzheitliche »Innensichten« mit Beispielen aus dem globalen Süden und um den notwendigen gesellschaftlichen Umbau. Genossenschaftliches, lokal basiertes Wirtschaften, Reformpädagogik sowie demokratische Teilhabe seien dabei Teile eines zukunftsweisenden Netzes. Zudem sei die individuelle und im Dialog geteilte Wahrnehmung eine »eminent politische Handlung«, ohne die »ein Tiefenumbau der Gesellschaft nicht gelingen« könne.

Dem klug durchdachten, kritisch reflektierenden und Perspektiven aufzeigenden Werk ist eine große Verbreitung zu wünschen.

Peter Streiff

Fabian Scheidler: *Der Stoff aus dem wir sind - warum wir Natur und Gesellschaft neu denken müssen*; Piper Verlag, München 2021, 304 Seiten, 20 Euro

SOLIDARITÄT IN DER STADT



Ohne Migration gibt es keine Stadt. Die Stadt als Stätte der Vielen verweist immer schon auf die Bewegung von Menschen, die woanders weggingen und jetzt hier leben – egal, ob das Anderswo innerhalb oder außerhalb der nationalen Grenzen war. Damit stellt das Leben in der Stadt die Nation und ihre Beschränkungen immer schon in Frage und fordert ihre Selbstverständlichkeit heraus. Begriffe wie »Solidarische Stadt«, »Sanctuary Cities«, »postmigrantische Gesellschaft« oder die »neuen Munizipalisten« betonten unter anderem diese Verbindung zwischen dem heterogenen städtischen Raum, der Transnationalität von Lebensformen und der Solidarität unter Nichtgleichen.

Nicht zuletzt angesichts der Intensivierung rassistischer, faschistischer und nationalistischer Bewegungen stellt der Band in zwölf akademisch-aktivistischen Aufsätzen die unterschiedlichen Stätten der Zuflucht, der Rast, der Reproduktion, der Ankunft wie der Zusammenkunft in Verbindung. Orte, die als »Stätten der Solidarität« über die letzten Jahre entwickelt und erkämpft wurden.

So wichtig und befürwortenswert konkrete Initiativen für ein humanitäres Bleiberecht sind, stellt sich doch die Frage, ob das Problem nicht vielmehr darin liegt, dass manche Bewohner*innen zu Ausländern gemacht werden, von denen dann Integration und Unterordnung eingefordert werden. Während andere Bewohner*innen aus reinem Zufall – nämlich durch ihre Staatsbürgerschaft – nie eine Abschiebung fürchten werden müssen?

Die Gemeinschaft der Bewohner*innen, die städtische Bevölkerung steht immer schon in einem gewissen Antagonismus zum nationalstaatlichen Zugriff, der manche der Bewohner*innen beständig zu Illegalen, zu Fremden, zu Entrechteten und damit zu Auszubehutenden macht. Dieser Zugriff bzw. Angriff wird jedoch nie einfach nur ertragen: Das zeigen unzählige lokale solidarische Initiativen, die über die letzten Jahre und Jahrzehnte stattfanden: Manchmal als Widerstände gegen die eigene Abschiebung, manchmal als gemeinsame Flucht vor der Inhaftierung, manchmal als Protest gegen die Verschleppung von Mitschüler*innen oder Nachbar*innen, manchmal unter dem Banner der Solidarischen Stadt, der Sanctuary City, des Kirchenasyls, der No-Border-Bewegung oder unter der schlichten wie einleuchtenden Devise: »Wer hier ist, ist von hier.« So frustrierend und zermürend diese Widerstände gegen die staatlichen Zugriffe auch oft sind, so sehr sind sie der Beweis für einen immer wieder auftauchenden Zusammenhalt unter den Bewohner*innen, welchen der nationale Staat – will er überleben – sukzessive zerschlagen bzw. regieren muss. Die fortwährenden Widerstände sind damit nie nur der gescheiterte Versuche der Verteidigung, sie sind auch der Verweis auf eine städtische bzw. lokale Solidarität.

Heiner Winkel

Niki Kubaczek und Monika Mokre (Hg.): *Die Stadt als Stätte der Solidarität*, Verlag transversal texts, Februar 2021, 313 Seiten, 15 Euro. Open Access unter: <https://transversal.at/books/stadt>

WIR SIND CORONA



Es ist eine Mammutaufgabe, die 729 Seiten dieses Buches zu lesen – aber es lohnt sich. Der Sammelband beginnt mit einer interessanten 70-seitigen Einleitung des Herausgebers D. F. Bertz. Er schreibt unter anderem, dass ein von Bundesinnenminister Horst Seehofer in Auftrag gegebenes und anschließend geleaktes Strategiepapier zur Pandemie »als knappe Einführung in marxistische Staatstheorie« gelesen werden könne. Der Staat versuche, »einen reibungslosen Kapitalverwertungsprozess zu gewährleisten« und Sorge dafür, dass »dem Kapital hinreichend brauchbare und also auch leidlich gesunde Arbeitskräfte zur Verfügung stehen«.

Nachdem eingangs die Prämissen der staatlichen Corona-Politik geklärt werden, versammelt der erste Teil des Buches sechs Artikel und ein Interview unter dem Titel »Ausnahmezustand & Gesundheitsnotstand«. Der zweite Teil mit zwölf Beiträgen bietet unter der Überschrift »Corona- Kapitalismus & Sozialepidemiologie« eine bunte Mischung thematischer Aspekte – von der Situation alter Menschen in der Pandemie bis zum »Sex mit Mindestabstand«. Sehr interessant liest sich »Das pandemische Wir-Gefühl und seine Nebenwirkungen« von Theodor Schaarschmidt. Nach Auffassung des Autors herrschte im Frühjahr 2020 ein eigenartiges Wir-Gefühl vor: »Die plötzliche Einstimmigkeit sollte hellhörig machen. (...) Aus Sachthemen wurden plötzlich Fragen der Gruppenzugehörigkeit: Bist du auf der Seite der Verantwortungsvollen oder nicht? (...) Eine Einteilung in Freund und Feind lässt autoritäre Disziplinierungsfantasien aufblühen.« Eine Feststellung, die zweifellos auch für Kritiker*innen der staatlichen Maßnahmen gilt.

Der dritte Teil »Globale Seuche & Globale Krise« bietet Texte zur Auswirkung des Virus auf die Weltwirtschaft und zur EU-Flüchtlingsabwehr sowie einen globalen Überblick zur Coronlage. Christian Stock etwa schreibt, dass weltweit ein zunehmender autoritärer Politikmodus mit sechs Varianten in der Corona-Krise feststellbar sei. Erstens werde die Krise verleugnet, ignoriert und vernachlässigt. Ein zweiter Typ zeige sich im Denken und Handeln in nationalen Kategorien. Drittens würden Minderheiten und marginalisierte Gruppen diskriminiert und ausgegrenzt. Ein vierter Typ sei das »knallharte Durchregieren samt der Unterbindung jeglicher Form von Opposition«. Fünftens werde die Rhetorik des Kriegszustandes gepflegt. Die »Durchsetzung des digitalen Überwachungsstaates durch die Nutzung von Big Data« sei als letzte Variante zu identifizieren.

Die neun Artikel des vierten Teils widmen sich unter dem Titel »Neue Normalität & Post-Corona« den Kämpfen, solidarischen Praxen und Alternativen in der Zeit nach Corona. Von der »kommenden Gesellschaft«, die der Untertitel des Buches verheißt, hätte ich gern mehr gelesen.

Anne Seeck

D. F. Bertz (Hg.): *Die Welt nach Corona. Von den Risiken des Kapitalismus, den Nebenwirkungen des Ausnahmezustands und der kommenden Gesellschaft*, Verlag Bertz und Fischer, Berlin 2021, 24 Euro

TRANSFORMATION LEBEN



»Ihr Linken da draußen: Es macht einen Unterschied wie ihr einander behandelt. Menschen sind nicht austauschbar, schätzt einander.« – Das schrieb Carla Weinzierl, jung verstorben, als Aktivistin für soziale Gerechtigkeit. Sie schrieb aus eigenem Leiden heraus. Es steht als Zeichen dafür, wie schwer es gerade jenen Kräften immer wieder fällt, die angeben, sich für ein besseres Leben für alle einzusetzen, dieses Ziel und den Weg dorthin glaubhaft zu verkörpern. Mehr noch: Es verweist auf die noch grundlegendere Schwierigkeit, die der Grundkörper überhaupt einen gebührenden Stellenwert einzuräumen, sich also ernsthaft mit der Frage zu befassen, wie Transformation praktisch werden kann. Diese Auslassung zeigt sich in der Sprache wie in den Umgangsformen der Linken verschiedener Schattierungen. Sie schwächt ihre Praxis. Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, die Mutter der modernen Linken in den Blick zu nehmen, das Christentum. Dieser Blick lohnt aus drei Gründen: Erstens teilt die Linke mit dem Evangelium, der christlichen Botschaft also, das Streben nach Befreiung; zweitens leidet die Kirche fast ebenso wie die Linke unter einer Spaltung zwischen offiziellem Anspruch und gelebter Praxis; drittens kann die Linke von manchen christlichen Strömungen gerade deshalb etwas lernen. Dafür eignet sich »Anpacken, nicht einpacken!« von Ferdinand Kainerer.

Kainerer ist Theologe und leitete viele Jahre das Medienbüro der Ordensgemeinschaften Österreichs. Sein Buch verkörpert den Geist der Transformation. Es sprüht geradezu von dem, was es schüren will: Begeisterung für ein besseres Leben für alle. Kainerer liefert keine theoretische Analyse, sondern lässt uns an Wegen seines Lebens teilhaben – »mit ihm gehen«, würde der Autor vielleicht formulieren. Kainerer ist dabei keineswegs unpolitisch oder theorie-los. Klar benennt er die kapitalistische Wirtschaftsweise und neoliberale Politik als Strukturbedingungen von Armut, Leiden und Zerstörung. Mit Kritik an der »Hierarchiekirche« und am »männlichen Klerikalismus« spart er nicht. Dennoch gleicht sein Buch an keiner Stelle einer linken Publikation. Das liegt weniger an seinem Thema, wie Kirche wieder lebendig wirksam werden kann. Es hat mehr damit zu tun, dass die Begegnungen und Überlegungen und die oft treffenden Aphorismen, die Kainerer zu einem buchstäblich belebenden Geflecht der Inspiration verwebt, auf jeder Seite klar machen: »Gute Beziehung ist eine ständige Quelle der Kraft, der Heilung« (S. 100). Denn »Christen glauben nicht an die Liebe. Sie lieben.« (S. 42). In die Sprache einer säkularen Linken übersetzt würde das wohl heißen: Wir glauben nicht an ein besseres Leben für alle. Wir alle leben besser. Und das, so macht Kainerer auch für jene anschaulich, die nicht christlich glauben, erfordert einen besseren Umgang miteinander.

Andreas Exner

Ferdinand Kainerer: *Anpacken, nicht einpacken! Für Gemeinschaft, die begeistert*; Herder-Verlag, Freiburg 2020, 240 Seiten, 20 Euro

